Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — Burscheider Zeitung — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 41 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 18. Februar 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Der Präsidenten-Wahlkampf

Der Aufruf der Deutschen Zentrumspartei

Die Deutsche Zentrumspartei hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Das deutsche Volk steht vor der Wahl desjenigen, der ihm Hüter der Verfassung, Garant der Ordnung, Symbol seines Einheitswillens sein soll.

Diese hehre und schwere Aufgabe ist heute nur gewährleistet in den Händen einer Persönlichkeit, die über dem trennenden und verhetzenden Kampf parteiischen Geistes steht, die nicht Gefolgsmann und Diener einzelner politischer Gruppen ist, sondern Führer und Repräsentant der Volksgesamtheit.

Mehr als irgendein anderer verkörpert diese Eigenschaften der bisherige Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Was an Gegenkandidaten genannt wird und genannt werden kann, ist angesichts der Gesamtlage nicht die Bejahung, sondern die Verneinung deutschen Einheitswillens — im besten Falle unverantwortbare Schwäche. Gegenüber der schon heute der Geschichte angehörenden, im In- und Auslande in einzigartiger Achtung stehenden, in Krieg und Frieden bewährten, in glorreichen und dunklen Stunden erprobten Heldengestalt Hindenburgs sinken seine parteipolitisch gekürten und parteipolitisch belasteteten Gegenspieler zur Bedeutungslosigkeit herab. Verhetzung und Demagogie ist ihr Weg zur Macht, Unfähigkeit und Gewalttätigkeit wäre ihre Betätigung im Besitze der Macht.

Der Versuch, dem deutschen Volke diesen Wahlkampf zu ersparen, ist gescheitert. Eine einzigartige Gelegenheit der Sammlung im Innern, friedlicher Kraftbekundung nach außen ist versäumt worden. Im Vertrauen auf die Zustimmung und Unterstützung ungezählter Volksgenossen außerhalb unserer Reihen bekennen wir Mitglieder der Deutschen Zentrumspartei uns über alle politischen und konfessionellen Schranken hinweg in staatspolitischem und volklichem Gemeinschaftsgeist zu Hindenburg und proklamieren ihn freudig und entschlossen auch als den Kandidaten unserer Wahl. In gewollter Verneinung alles Trennenden wollen wir den 13. März zu einem Bekenntnistag volksbejahenden Einheitswillens, sammelnden Gemeinschaftsgeistes machen.

An unsere Freunde in Stadt und Land ergeht darum der Ruf, sich der Bedeutung dieser Wahl und der Größe ihrer Verantwortung bewußt zu sein.

Aufstieg oder Niedergang, Friede oder Kampf, Aufbau oder Zerstörung hängt ab von der Führerweisheit und Charakterstärke, der geistigen und sittlichen Reife, der Ausgeglichenheit und Unparteilichkeit des Mannes, in dessen Hand in dieser beklemmend ernsten Stunde die Wahrung der deutschen Geschicke gelegt wird.

Unsere Wahl ist getroffen. Sie ist auf den würdigsten gefallen, den eine deutsche Mutter für diese Notzeit geboren hat. Deutschlands Wiederaufstieg ist mit dem Namen Hindenburgs verknüpft. Sein Sieg wird Deutschlands Sieg sein!

Berlin, 16. Febr. 1932.

gez. Kaas, Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei.

Deutschnationale Beratungen

Aus Berlin, 17. Febr., meldet das VDZ.-Büro: In der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes erstattete zunächst der Parteiführer Dr. Hugenberg einen ausführlichen Bericht über die politische Lage, insbesondere über die bevorstehende Präsidentenwahl. Daran schloß sich eine Aussprache, die um 3 Uhr durch eine Pause unterbrochen wurde und um 5.30 Uhr fortgesetzt werden soll. Die Verhandlungen, die für streng vertraulich erklärt wurden, werden voraussichtlich bis zum späten Abend dauern.

Die Stellung des Reichslandbundes

Der Reichslandbund veröffentlicht ein Schreiben seines geschäftsführenden Präsidenten Grafen Kalckreuth, an die Führer der „nationalen Opposition". In dem Schreiben heißt es, daß der Reichslandbund die Wiederwahl Hindenburgs ablehnen müßte.

Düsterberg Reichspräsidenten-Kandidat für DNVP. und Stahlhelm?

Auf der Tagung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei wurde nach einer Meldung der „Rhein.-Westf. Ztg." festgestellt, daß zwischen der DNVP. und Stahlhelm in den Dingen, die sich auf die Reichspräsidentenfrage beziehen, durchaus Einigkeit herrsche. Man nimmt danach an, daß auf Grund dieser gleichen Marschrichtung die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten als das zweckmäßigste erscheine. Wie man nach dem genannten Blatt wissen will, soll man sich auf die Person des 2. Bundesführers des Stahlhelm, Oberstleutnant a. D. Düsterberg, als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft im ersten Wahlgang geeinigt haben.

Verhandlungen mit dem Anwaltsverein

Die Verhandlungen des Preiskommissars mit dem Anwaltsverein haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Vorstand seinen früheren Beschluß aufhob, wonach den örtlichen Vereinen empfohlen wird, die Erhebung der Gewerbesteuerzuschläge zu den Anwaltsgebühren zur Standespflicht zu machen.

Nochmals der Gagenabbau

Der Preiskommissar Dr. Goerdeler hat erklärt, daß er bis Ende Februar dafür sorgen werde, daß die Gagen unserer Filmstars um mindestens 30% gekürzt würden; die Gagen sind in den letzten Monaten ganz erheblich heruntergegangen.

Die christlichen Gewerkschaften gegen den Radikalismus

Veranlaßt durch die innerpolitischen Spannungen, erläßt der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine Verlautbarung, in der es u. a. heißt:

Zwischen zwei Radikalismen, zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, schwankt das deutsche Volksschicksal. Beide versprechen dem gepeinigten deutschen Volke für die Zukunft glückhafte Zustände.

Der Kommunismus verspricht das Paradies menschlicher Gleichheit; die christliche Arbeiterschaft hat diesen utopischen Wahn seit Anbeginn bekämpft. Das russische Beispiel gibt ihr Recht.

Aber auch den Nationalsozialismus lehnt die christliche Arbeiterschaft ab. Sein Rassenglaube ist unchristlich. Die christliche Arbeiterschaft hat die marxistische Auffassung leidenschaftlich bekämpft, daß alle Kultur nichts als Ausstrahlung der Wirtschaft ist. Genau so lehnt sie die nationalsozialistischen Theorien ab, die verkünden, daß wahre Kultur abhängig sei vom Blut der nordischen Rasse. Beide Ideen sind Religionsersatz. Die christliche Arbeiterschaft lehnt sie als unchristlich und geistesunwürdig ab.

Der Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. Sein täglicher Schrei nach „Aenderung des Systems" geht auf die Zerstörung aller Ansatzpunkte des sozialen Volksstaates. Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Siege als „Ware" für ihr „Geld" die Ausschaltung und endliche Vernichtung der Gewerkschaften erhoffen.

Diese Erkenntnis weise auch der christlichen Arbeiterschaft ihren Platz an. Ihr Kampf gilt der Freiheit der Arbeiterschaft, der Freiheit der christlichen Kultur und Lebensform, der nationalen Freiheit des deutschen Volkes. Ihr Kampf gilt der Sicherung einer zukünftigen sozialen Volks- und Wirtschaftsordnung.

Kleine politische Nachrichten

Deutsche Verhandlungen mit Ungarn und Oesterreich

Zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn finden Verhandlungen über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Abrechnungsverfahrens für Forderungen aus dem gegenseitigen Warenverkehr statt.

Der Reichspräsident Berlin, den 16. Februar 1932

Ich erkläre hiermit, dass ich der Aufnahme meines Namens in den "Wahlvorschlag Hindenburg" für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

von Hindenburg

Ein historisches Dokument

Der Wahlvorschlag mit der Unterschrift Hindenburgs, durch die er seine Zustimmung zu seiner Kandidatur gibt

Mißtrauensanträge überall

Vor entscheidender Reichstagsabstimmung

Zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages in der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, einen

Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning

und einen

Antrag auf Auflösung des Reichstages

einbringen. Gleichartige Anträge sind von den Deutschnationalen zu erwarten. Die Kommunisten haben bereits am Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett und einen besonderen gegen Minister Gröner eingebracht. Der Aeltestenrat des Reichstages, der für Montag einberufen ist, wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über den

Termin für die Reichspräsidentenwahl

der vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung am Dienstag steht, verbunden werden sollen, oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. In dem letzten Fall würde immerhin die Möglichkeit bestehen, daß eine Mehrheit des Reichstages der Aufsetzung auf die Tagesordnung widerspricht und dadurch eine baldige Entscheidung über die Mißtrauensanträge verhindert. Da jedoch die Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, selbst den Wunsch hat, schon aus außenpolitischen Gründen eine klare Entscheidung herbeizuführen, so rechnet man damit, daß die Beratung über den Vorschlag der Reichsregierung zur Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl zu einer

großen Aussprache über die gesamte Politik der Reichsregierung

in den vergangenen Monaten ausgestaltet wird, an der sich von jeder Fraktion mehrere Redner beteiligen, die also drei bis vier Tage in Anspruch nehmen dürfte. Nach Abschluß dieser Aussprache würde dann nicht nur über den Termin für die Präsidentenwahl, sondern auch über die Mißtrauensanträge und damit über das Schicksal des Kabinetts Brüning entschieden werden. In diesem Sinne dürfte sich der Aeltestenrat am Montag aussprechen.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter erfährt, ist bisher nicht vorgesehen, daß die große politische Aussprache etwa durch längere Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Brüning eingeleitet wird, es ist vielmehr beabsichtigt, daß

nur Reichsinnenminister Gröner zu Beginn der Sitzung das Wort

nimmt, um den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning hält sich jedoch zum Eingreifen in die Debatte bereit. Je nach dem Verlauf der Aussprache werden der Reichskanzler oder auch andere Regierungsmitglieder das Wort nehmen.

Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird, wie schon mehrmals, im wesentlichen von der Haltung der Deutschen Volkspartei, des Landvolks u. der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen. Diese Fraktionen werden ihren Entschluß wahrscheinlich wieder bis zum letzten Augenblick zurückhalten. Ihre Fraktionssitzungen sind für Montag und Dienstag anberaumt.

Memelland erhebt Einspruch

Der Einspruch des Memelländer Landtages

Am Mittwochabend fand eine Sitzung des Memelländischen Landtages statt, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Beratung der durch

die gewaltsame Absetzung des Direktoriums des Memel-Gebietes

geschaffene Lage stand. Schon zwei Stunden vor der Sitzung war der Zuhörerraum überfüllt. Zu Hunderten standen die Menschen auf den Korridoren und Treppen des Memeler Rathauses, in dem der Landtag tagte. Der Abgeordnete Kraus verlas

namens der Volks- und Landwirtschaftspartei (Mehrheitspartei) eine Erklärung,

in der er auf die bekannten Vorgänge betreffend die Absetzung des Direktoriums und die damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge einging. Er schloß mit folgendem

Antrag:

Der Memelländische Landtag erhebt nachdrücklichen und feierlichen Protest gegen die seit dem 6. Februar vorgekommenen Eingriffe des Gouverneurs in die autonomen Rechte des Memelgebiets, die augenblicklich Gegenstand der Beratungen des Völkerbundes bilden. Der Präsident des Direktoriums, Böttcher, und Landesdirektor Podszus werden auch jetzt noch interniert, und Landesdirektor Szinas wurde durch Androhung von Gewaltmaßnahmen an der Fortführung der Geschäfte verhindert. Der Gouverneur hat mit der einstweiligen Führung der Präsidialgeschäfte den Landesrat Tobischus beauftragt und wiederum zwei Beamte des Direktoriums zur Wahrnehmung der Geschäfte des Landesdirektoriums beauftragt, eine Regelung, die aber den Gesetzen widerspricht und keine Billigung des Landtages erhalten kann. Der Landtag des Memelgebietes fordert die sofortige Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

Der nationallitauische Abgeordnete Borchert verlas dann eine etwa zehn Blatt lange Erklärung, in der er versuchte, die Absetzung des Direktoriums als zu Recht erfolgt hinzustellen und beschimpfte die deutsche Regierung, deren Vertreter in Genf, die deutsche Presse und das deutsche Generalkonsulat in Memel. Seine Rede fand wiederholt stärksten Widerspruch, und es wurde ihm des öfteren „Lügner" zugerufen.

Der Sprecher der sozialistischen Partei erklärte, daß eine Verletzung der Memel-Konvention vorliege, und daß seine Fraktion dagegen Protest erhebe.

Ein Redner der litauischen Arbeiterpartei verwahrte sich gegen die Vergewaltigung der memelländischen Bevölkerung und sagte, seine Partei müsse die Maßnahmen des Gouverneurs aufs schärfste verurteilen.

Der Antrag der Mehrheitsparteien wurde mit allen Stimmen von links bis rechts gegen die vier Stimmen der nationallitauischen Abgeordneten angenommen.

Der preußische Verfassungsausschuß gegen den Rechtsbruch im Memelland

Gegen den litauischen Rechtsbruch im Memelland wandte sich am Mittwochabend der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages, indem er einen deutschnationalen Antrag annahm, der das Staatsministerium ersucht, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken alle nur möglichen Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Recht zu verhelfen.

Die weitere Forderung dieses Antrages, wonach gegebenenfalls Repressiv-Mittel anzuwenden seien, wurde gegen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gestrichen. Im übrigen wurde der Antrag von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angenommen.

Der Rüstungsstand der Sowjetunion

Die russische Regierung hat in Genf die Angaben über ihren Rüstungsstand veröffentlicht. Bemerkenswert ist, daß die russischen Angaben schon vor mehreren Monaten beim Völkerbundssekretariat mit der ausdrücklichen Forderung eingereicht wurden, sie nicht, wie üblich, den anderen Regierungen, sondern einzig der Abrüstungskonferenz in geschlossenem Umschlage zu übergeben. Die Gesamtsumme der russischen

Effektivbestände

zählt 562 000 Mann, wovon 504 303 Mann auf Landstreitkräfte, 28 658 auf die Luftschiffahrt und 29 038 auf die Marine entfallen. Der Mannschaftsbestand der

OGPU.

beläuft sich auf insgesamt 45 390 Mann. Die Zahl der russischen

Kriegsflugzeuge

wird mit 750 angegeben.

Die russische Marine

besteht u. a. aus zwei Kreuzern, 17 Torpedobooten, 16 U-Booten, zwei Minenlegern und sechs Minensuchern, ferner vier Schulschiffen.

Die Gesamtausgaben

der Sowjetregierung für militärische Zwecke betragen insgesamt 1,29 Milliarden Rubel jährlich.

Tätlichkeiten im Badischen Landtag

Im Badischen Landtag kam es anläßlich des Zwischenrufes des Zentrumsabgeordneten Hilbert, „Hitler ist ein österreichischer Deserteur", zwischen Parteifreunden Hilberts und den Nationalsozialisten und Abgeordneten anderer Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich zu Tätlichkeiten führten, in deren Verlauf der nationalsozialistische Abgeordnete Kraft den Abgeordneten Hilbert ohrfeigte. Durch das Dazwischentreten mehrerer Abgeordneter wurden weitere Handgreiflichkeiten verhindert.

Kabinettssitzung wegen der Biersteuer

Die am Mittwoch in der Biersteuerfrage gepflogenen Verhandlungen haben, wie die Tel.-Union berichtet, die Voraussetzung dafür geschaffen, daß von einer für Donnerstag anberaumten Kabinettssitzung eine Regelung zu erwarten ist, die beide Teile befriedigt. Es heißt, daß sich diese Regelung auf das gesamte Gebiet der Getränkesteuer und nicht nur auf die Reichsbiersteuer erstrecken wird. Die Kabinettssitzung ist für Donnerstag nachmittag vorgesehen.

Verhaftungen in Bremen — Vorbereitung zum Hochverrat

In Bremen sind Samstag mehrere Personen unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen worden. Bei zwei Verhafteten soll es sich um bekannte Kommunisten handeln. Die Haussuchungen haben angeblich belastendes Material zutage gefördert.

Frankreichs Kabinettskrise

Die Grundlagen für die Lösung

In einer Mittwoch mittag ausgegebenen Mitteilung der Agentur Havas über die Besprechungen zur Lösung der Kabinettskrise heißt es:

Die bisherigen Besprechungen im Elysee erlauben drei Punkte hervorzuheben, die allgemein als wesentlich betrachtet werden:

1. Die Beibehaltung der französischen Außenpolitik, wie sie Tardieu und Paul Boncour in Genf auseinandergesetzt haben.
2. Die Notwendigkeit, das Budget in Kammer und Senat vor Beendigung der Legislaturperiode verabschieden zu lassen.
3. Die Nachteile, die eine Verschiebung der Kammerwahlen bis auf den letztzulässigen Termin bringen würde.

Nach der Agentur Havas dürfte es unwahrscheinlich sein, daß Präsident Doumer bereits Mittwoch abend die Persönlichkeit berufen werde, die mit der Kabinettsbildung beauftragt werden soll.

Doumers Besprechungen

Der Präsident der Republik hat seine Besprechungen zur Lösung der Regierungskrise damit begonnen, daß er die Vorsitzenden der Finanzausschüsse von Kammer und Senat und die Budgetberichterstatter empfing. Anschließend verhandelte er heute vormittag mit einer Reihe von Parteiführern, so mit Herriot, Blum, Marin und mit mehreren Senatoren, darunter Jeanneney. Der Abgeordnete Malvy meinte beim Verlassen des Elysees, er rechne mit der Bildung eines Budgetministeriums und eines Wahlministeriums. Lamoureux, bisher Budgetberichterstatter der Kammer, erklärte, er habe dem Präsidenten der Republik auf Befragen erklärt, er glaube, daß das Budget für 1932 verabschiedet werden könne, wenn man das neue Ministerium rasch bilde. Er sei eventuell bereit, unter den gegebenen Umständen seine Demission zurückzunehmen. Das Budget könnte dann in Kammer und Senat bis 10. März verabschiedet werden. Das neue Ministerium habe eine doppelte Aufgabe zu erfüllen, das Budget zu verabschieden und die Wahlen im Geiste der Neutralität, der die Entspannung zwischen Kammer und Senat ermögliche, abhalten zu lassen. Der Abgeordnete Leon Blum erklärte beim Verlassen des Elysees, er habe dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß die sozialistische Partei nur eines verlange, nämlich, daß die Regierung, gleichviel, wie sie sich zusammensetze, Freiwahlen zu dem normalen Zeitpunkt und unter einem normalen Regime sichere. Persönlich habe er dem Präsidenten außerdem gesagt, er glaube nicht, daß eine Regierung, die sich mit diesem Programm der Kammer vorstellen würde, irgendeine Gefahr laufen würde.

Der Bericht des Abg. Bouilloux-Lafont über das französische Kriegsbudget

Der Bericht des Abgeordneten Bouilloux-Lafont über das französische Kriegsbudget gelangt demnächst zur Verteilung. In diesem Bericht werden

die Ausgaben

des französischen Kriegsbudgets mit 3 929 314 640 Franken und die Ausgaben für die Verteidigung der überseeischen Besitzungen mit 1 331 563 230 Franken angegeben. Der Berichterstatter bemerkt, daß die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr sich auf drei Prozent der Gesamtausgaben belaufe und in der Hauptsache auf die Durchführung der Militärorganisation zurückgehe.

Das stehende Heer

wird mit 163 000 Mann im Jahre 1931 gegenüber 400 000 im Jahre 1921 angegeben,

die Kriegsmarinetonnage

mit 621 000 im Jahre 1931 gegenüber 750 000 im Jahre 1914, die Zahl der

Flugzeuge

einschließlich der in Uebersee mit 1667 Apparaten im Jahre 1931 gegenüber 2427, die im Jahre 1924 vorgesehen waren.

Der Berichterstatter analysiert auch

die Kriegsbudgets der verschiedensten Länder,

namentlich Deutschlands, Italiens, Englands, der Vereinigten Staaten, Japans, Rußlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens. Was er

über Deutschland

sagt, bewegt sich auf der Linie der Betrachtungen, wie sie in letzter Zeit wiederholt durch die französische Presse gegangen sind. Bouilloux-Lafont behauptet, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages umgehe und sich bemühe, ein schlagfertiges Heer aufzubauen. Er spricht von der militärischen Ausbildung der Polizei, der nationalistischen Organisationen, der Sportvereinigungen und will sogar dem „freiwilligen Arbeitsdienst" militärischen Charakter zuschreiben. Er zählt weiter in bekannter Weise die ausländischen Stimmen auf, die angeblich für deutsche Rechnung Kriegsmaterial herstellen, unter besonderer Betonung der angeblichen Vorbereitung Deutschlands auf den chemischen und Luftkrieg. Schließlich zergliederte er das Reichsbudget. Die in Genf vertretene deutsche These bezeichnet Bouilloux-Lafont als eine „direkte Drohung für den Frieden", die, wenn sie Gestalt gewinnen sollte, den schlimmsten Rüstungswettlauf eröffnen würde. Bouilloux-Lafont bemängelte auch, daß Deutschland dem Völkerbund die durch den Versailler Vertrag erlaubten Rüstungen und Effektivbestände angegeben habe, aber nicht sämtliche Hilfsverbände wie Gendarmerie, Zollbeamte, Forstbeamte usw.

Abrüstung?

Die große Aussprache in Genf

In der Vollversammlung der Abrüstungskonferenz machte

der Vertreter Uruguays, der Gesandte in Berlin Pedro Cosio,

einige interessante Bemerkungen zu der Frage der moralischen Abrüstung. Die Hauptursache der Schwierigkeiten, erklärte er, ist in der fatalen Tatsache zu erblicken, daß der Geisteszustand, der Ende des Jahres 1918 in Europa vorherrschte, das Verlangen aufkommen ließ, in den Friedensverträgen gewisse Bestimmungen zu verewigen, die ein sehr erheblicher Teil der öffentlichen Meinung in Europa ablehne. Wenn es nicht gelinge, gewisse große Ursachen für die Unzufriedenheit zu beseitigen, würde es sehr schwer sein, zu endgültigen und dauerhaften Lösungen zu kommen. Die Völker erblicken in der Verteidigung ihrer nationalen Ansprüche eine hohe patriotische Pflicht. Die Menschheit, erklärte Cosio, ist in zwei Lager geteilt: Hier die Nationen, die den jetzigen Zustand beibehalten wollen und die Sicherheit vor der Abrüstung verlangen, auf der anderen Seite die Völker, die den status quo ablehnen und sich gegen seine Verewigung wehren, weil sie ihn für ungerecht ansehen. Sie widersetzen sich den Garantieverträgen, weil sie die letzte Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, auf friedlichem Wege durch Verhandlungen und gegenseitige Konzessionen einen großen Teil ihrer nationalen Forderungen verwirklicht zu sehen. Diejenigen, die die These Sicherheit vor Abrüstung vertreten, müßten für diese Gedankengänge Verständnis haben.

Der finnische Außenminister Baron Yrjö-Koskinen

entwickelte den Gedanken, daß der Grundsatz „Friede durch Recht" Friede durch eine internationale Organisation bedeute. Er wies darauf hin, daß die französischen Vorschläge die Notwendigkeit anerkennen, gewisse Aufgaben, die sich aus den Durchführungen der abzuschließenden Abrüstungskonvention ergeben, einer internationalen Organisation zu übertragen, die auf noch breiterer Grundlage beruhe als der Völkerbund.

Der rumänische Außenminister Ghika

stellte in Uebereinstimmung mit der polnischen Auffassung die moralische Abrüstung und die Verstärkung der Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Ferner trat er für eine wirtschaftliche Entspannung durch Verzicht auf das System der zweiseitigen Handelsverträge ein, das nur zu neuen Konflikten führen könnte. Ghika hob hervor, daß Rumänien das Delikt der Kriegspropaganda als erster Staat in den Entwurf seines Strafgesetzbuches aufgenommen habe. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Rüstungen Rumäniens den Anforderungen seiner Sicherheit nicht entsprächen; die Begrenzung seines Programmes in dieser Hinsicht hänge von den Garantien ab, die ihm zugesichert würden und von der Achtung der vertragsmäßigen Abrüstungsbestimmungen.

Der Vertreter Oesterreichs, Gesandter Pflügel,

erklärte, daß Oesterreich die Anregungen für eine wirksame und möglichst weitgehende Herabsetzung des Rüstungsstandes begrüße; er müsse aber fragen, ob dieses Ziel, das auch eine wirtschaftliche Befriedigung und Erleichterung in sich schließe, erreicht werden könne, wenn für Oesterreich die Ungleichheit von Recht und Sicherheit bestehen bleibt, die über das Land verhängt ist. Dieser Zustand sei auf die Dauer für kein Volk erträglich. Gesandter Pflügel hob das Mißverhältnis hervor, das zwischen den gegen Oesterreich ergriffenen Maßnahmen und Oesterreichs Bestrebungen, Mitteln und Bedürfnissen bestehe und erklärte zum Schluß, daß die erste Konvention über die Begrenzung der Rüstungen, die von Oesterreich als vollkommen gleichberechtigten Partner unterzeichnet würde, der erste Schritt zum organisierten Frieden sein könnte.

Als letzter Redner sprach

der Delegierte Estlands, General Laidoner,

der sich für die völlige Abschaffung der schweren Angriffswaffen einsetzte.

Die nächste Vollversammlung findet am Donnerstag statt.

Als erster Redner am Donnerstag wird der deutsche Delegierte Botschafter Radolny die deutschen Vorschläge zur Abrüstung begründen.

Aus dem englischen Parlament

Der englische Schatzkanzler wurde im Unterhaus gefragt, ob es die Politik der Regierung sei, keinem Nachlaß der deutschen

Reparationen

zuzustimmen, ohne daß damit ein entsprechender Nachlaß der Schulden Englands an die Vereinigten Staaten Hand in Hand gehe. Neville Chamberlain erwiderte, die Politik der Regierung sei in der von ihm am 2. Februar erteilten Antwort festgelegt, und er ziehe es aus den in dieser Antwort dargelegten Gründen vor, gegenwärtig keine weitere Erklärung abzugeben.

Bei der Debatte über

die Zollvorlage

ergriff der ehemalige konservative Schatzkanzler Sir Robert Horne das Wort zu einer Rede, in der er sich mit den Maßnahmen der Regierung zufrieden erklärte und sich zuversichtlich über die weitere wirtschaftliche Entwicklung aussprach. In einem Zolltarif und einem balanzierten Budget sehe er für die Stabilität des Sterlings keinerlei Grund zu Befürchtungen. Es würde keine Störungen verursachen, wenn das Pfund unter den Stand fiele, den es gegenwärtig habe. Der Sterling dürfe nicht zu hoch sein, damit die Industrie in der Lage sei, die gewaltige Schuldenlast zu tragen, die England auferlegt werde. Sir Herbert Horne sprach weiter die Ansicht aus, daß sogar die Zeit gekommen sei, wo die Bankrate ruhig herabgesetzt und die Beschränkungen in bezug auf das Ausleihen von Sterling aufgehoben werden könnte

Neville Chamberlain über die Freihafen-Frage

In der Unterhausdebatte erklärte Neville Chamberlain zur Frage der Freihäfen, daß Hamburg als Beispiel angeführt worden sei; seine beiden größten Konkurrenten, Antwerpen und Rotterdam aber, so sagte er, seien keine Freihäfen. Die Vereinigten Staaten und Frankreich lehnten das System der Freihäfen ab. Es bestünden gegen die Einführung des Freihafen-Systems in den Häfen des Vereinigten Königreiches große Schwierigkeiten. Seit der Einführung der Zölle auf den anormalen Import sei es möglich gewesen, für eine ganze Anzahl

Die Reichspost in Zahlen

Nach einer Statistik hat die Deutsche Reichspost im Jahre 1931 innerhalb des Deutschen Reiches laut Stichtagzählung

je Tag 30 042 000 Briefe (im Jahre 1930 31 423 000) befördert,

nach dem Ausland 1 690 000 (1 541 000), aus dem Auslande 915 000 (1 038 000), zusammen also am Stichtage 32 647 000 (34 002 000) Briefsendungen. — An gewöhnlichen Paketen und unversiegelten

Wertpaketen

wurden im Jahre 1931 innerhalb des Deutschen Reiches insgesamt 218 915 000 (243 360 000) Stück befördert; nach dem Ausland 10 689 000 (11 776 000), aus dem Ausland 3 030 000 (3 421 000).

Im Jahre 1931 wurden

323 677 000 Zahlkarten und Postanweisungen

mit einem Betrage von Mark 20 355 644 000 eingezahlt (im Jahre 1930: 339 790 000 mit Mark 23 147 294 000). Ausgezahlt wurden auf 124 707 000 (125 654 000) Post- und Zahlungsanweisungen Mk. 9 157 337 000 (9 864 573 000).

Die Leistungen im

Postbeförderungsdienst

betrugen im Jahre 1931: 560 700 000 Wagenachskilometer (583 500 000). Im Eisenbahnpostdienst wurden an Wagen mit Postsendungen aller Art täglich behandelt im Durchschnitt in Berlin 397 (426), in Frankfurt a. M. 254 (266), in Köln 244 (257), in Leipzig 217 (226), in Hamburg 156 (165), in Stuttgart 144 (145), in München 137 (143), in Dresden 135 (147), in Breslau 130 (137), in Königsberg 57 (60) usw.

An Kraftfahrzeugen für

Kraftfahrdienst

waren vorhanden Ende Dezember 1931 insgesamt 13 415 (12 159). Das Kraftpostnetz umfaßte 2 441 (2 350) Kraftpostlinien mit einer Streckenlänge von 48 135 (46 659) Kilometer.

Das Luftpostnetz

verfügte im Sommer über 94 (110) Linien mit einer Streckenlänge von 33 000 (36 000) Kilometer. Im Winter (November bis Februar) waren 23 (26) Linien im Betrieb. Von April bis Dezember wurden auf dem Luftpostwege insgesamt an Briefsendungen, Paketen und Zeitungen 381 598 Kg. (468 624 Kg.) befördert.

Die Postscheckkonten

beliefen sich Ende Dezember auf 1 012 961 (992 356), der Zugang im Kalenderjahr betrug 20 605 (17 435). Die Guthaben der Postscheckkunden beliefen sich im Jahresdurchschnitt auf 523 300 000 (582 600 000) Mark. Die Buchungen insgesamt (Gutschriften und Lastschriften) beliefen sich auf 123 189 900 000 (141 499 700 000) Mark. Davon wurden bargeldlos beglichen 97 954 000 000 (116 576 500 000) Mark.

Insgesamt wurden

26 722 000 (32 883 000) Telegramme

befördert. Die Zahl der

Fernsprechstellen

betrug 3 157 657 (3 248 854). Gespräche aller Art einschl. Ausland wurden gezählt 2 445 013 000 (2 554 476 000).

Die Spardebatte

im Preußischen Landtag

Der Preußische Landtag beendete am Mittwoch die zweite Aussprache über

die preußischen Sparverordnungen

und die Ablehnungs- bzw. Aenderungsanträge der Oppositionsparteien. Es entwickelte sich zunächst nochmals eine

lebhafte Auseinandersetzung über die Schließung der neun pädagogischen Akademien.

Ein Regierungsvertreter wies ausführlich den Vorwurf zurück, daß parteipolitische Erwägungen beim Abbau an den Akademien maßgebend gewesen seien. Abg. Dr. Bohner (Staatspartei) bezeichnete es als selbstverständlich, daß bei Besserung der staatlichen Finanzverhältnisse das Schulgeld an den höheren Schulen gesenkt werde.

Beim Abschnitt

„Verwaltungsreform"

verlangte Abg. Werdes (Landvolk) Anhörung der Kreise vor Zusammenlegungen und Ueberlassung der ganzen Materie für den neuen Landtag. Abg. Stendel (DVP.) lehnte es ab, auf Kosten der Bevölkerung Einsparungen in der Verwaltung durch zu umfangreiche Zusammenlegungen auch der Amtsgerichte zu machen. Abg. Rhiel (Zentr.) bat gleichfalls das Justizministerium, die Frage der Zusammenlegung von Amtsgerichten noch einmal zu prüfen. Abg. v. Wangenheim (Deutsch-Hannoveraner) hielt eine Reichsreform für dringlicher als die als unzweckmäßig auch für Hannover abzulehnende kleine Verwaltungsreform. Abg. Haase (WP.) meinte, daß unter der Zusammenlegung von Kreisen besonders die Grenzbevölkerung im Osten zu leiden habe. Abg. Barteld (Staatspartei) hielt der Deutschen Volkspartei vor, daß sie 3½ Jahren in der Preußen-Regierung war, ohne eine Initiative für die jetzt gewünschte große Verwaltungsreform zu zeigen. Im übrigen brachten die Redner regionale Wünsche vor.

Beim Abschnitt

„öffentliche Fürsorgeleistungen"

appellierte Berichterstatter Kloft (Zentr.) an die Regierung, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden nicht die kärglichen Sätze der Wohlfahrtsunterstützung weiter abbauen müßten. Zum

Abbau der Gewerbeaufsichtsämter und Bergreviere

betonte Frau Hanna (Soz.), daß es im Interesse des Staates liege, wenn die von der Regierung im Ausschuß gegebene Zusicherung erfüllt werde, daß ein Abbau des Arbeitnehmerschutzes nicht erfolgen solle.

Eine längere Debatte ergab sich noch über die

Auflösung der Kulturbauämter.

Dann war die Debatte über die Sparverordnungen beendet.

Die Abstimmungen sowie die Erledigung kleiner Vorlagen wurden auf Donnerstag vertagt.

von Artikeln die Behandlungsweise in den Umschlaghäusern auszuarbeiten, und, wenn überhaupt dem Wiederausfuhrhandel ein Schaden erwachse, so würde er nur gering sein. Chamberlain fügte hinzu, daß die für den Zolltarif in Frage kommenden Artikel so ausgewählt worden seien, daß die Lebenshaltungskosten nur ganz geringfügig gesteigert würden.

Macdonald wieder im Amt

Ministerpräsident Macdonald hat die Klinik verlassen und sich sofort nach Downingstreet begeben, wo er die Sitzung des Kabinetts leitete. Trotz der Binde, die er noch über dem linken Auge trägt, sah er vollkommen erholt aus.

Kriminalfälle

Die Untersuchung gegen Matuschka. — Voraussichtlich kommissarische Vernehmung

Aus Potsdam wird berichtet: Die Voruntersuchung gegen den Eisenbahnverbrecher Matuschka konnte bisher nicht zum Abschluß gebracht werden, weil hierzu eine Vernehmung des Angeschuldigten unerläßlich ist. In diesen Tagen sind nun dem Untersuchungsrichter endlich die Polizeiakten über die Ermittlungen gegen den Verbrecher zugegangen, und zwar nicht weniger als acht Bände Haupt- und fünf Bände Nebenakten, sowie eine umfangreiche Denkschrift der mit dieser Sache betrauten Berliner Kriminalkommissare. Der Potsdamer Untersuchungsrichter muß nun feststellen, ob er noch Aufklärung in weiteren Punkten benötigt. Das Verhör Matuschkas wird voraussichtlich durch einen Wiener Richter im Auftrage des Potsdamer Gerichts erfolgen, weil auf diese Weise bei geringsten Kosten eine beschleunigte Schließung der Voruntersuchung ermöglicht wird.

Wegen Totschlags fünf Jahre Gefängnis

Nach 15stündiger Beratung verurteilte das Schwurgericht Karlsruhe in der ersten Morgenstunde des Mittwoch den Mechaniker Karl Schnaiter wegen Totschlags an seiner Ehefrau zu fünf Jahren Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte nahm die Strafe an. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre Zuchthaus beantragt.

Schnaiter hatte am 30. November v. Js. frühmorgens in seiner Wohnung nach kurzem Wortwechsel seiner Ehefrau mit einem Rasiermesser einen tiefen Schnitt in den Hals beigebracht, der sie so schwer verletzte, daß der Tod nach einigen Minuten durch Verblutung eintrat. Der Angeklagte, der dem Trunke ergeben war, stellte in Abrede, seine Frau mit Absicht getötet zu haben.

Revolte in der Provinzialerziehungsanstalt Strausberg

In der Provinzialerziehungsanstalt Strausberg kam es bei Nacht aus noch nicht geklärter Ursache zu einer Revolte der Insassen eines Schlafsaals. Die im Gartenhause untergebrachten Zöglinge, bei denen es sich um besonders schwer erziehbare junge Leute handelt, verbarrikadierten gegen Mitternacht die Tür zu ihrem Schlafsaal, demolierten die Möbel, schnitten die Strohsäcke auf und schichteten das Stroh zu einem Scheiterhaufen. Der Anstaltsdirektor versuchte vergeblich, auf die Zöglinge einzuwirken. Als zwei Polizeibeamte aus Strausberg erschienen, zerschlugen die Zöglinge die Fensterscheiben und machten Miene, durch die Fenster die Flucht zu ergreifen. Es wurde ein Feuerwehrschlauch herbeigeholt und Wasser gegen die Fenster gegeben. Inzwischen war das Ueberfallkommando eingetroffen, das die Zöglinge durch Schreckschüsse einschüchterte, die Barrikaden beseitigte, zehn Rädelsführer verhaftete und ins Strausberger Polizeigefängnis einlieferte.

Großer Schmuggel im Kreise Flatow aufgedeckt

Die Zollfahndungsstelle Stettin hat in Zusammenarbeit mit der Zollfahndungszweigstelle Schneidemühl umfangreiche Verfehlungen gegen die Devisenbestimmungen sowie Zollhinterziehungen großen Ausmaßes aufgedeckt. Bei Prüfung der Geschäfte des Buttergroßhändlers Berndt in Kleschin (Kreis Flatow) wurde festgestellt, daß Berndt die ihm zur Ausfuhr genehmigte Devisensumme um das Mehrfache überschritten und sich Zollhinterziehungen größten Ausmaßes bei der Einfuhr polnischer Butter hatte zuschulden kommen lassen. Die Zollhinterziehungen gehen bis in das Jahr 1928 zurück. Nach vorläufiger Durchsicht der Geschäftsbücher sind in einem Jahre bis zu 700 Faß Butter nicht verzollt worden. Bei diesen Schmuggeleien hat sich Berndt nicht nur auf Butter beschränkt, sondern auch andere Lebensmittel der Verzollung entzogen, so Geflügel, Hasen, Schinken, Speck, Fleisch und Käse. Berndt ist mit zwei Söhnen festgenommen worden. Sie sind geständig.

Da der Verdacht besteht, daß einzelne Beamte nicht ganz schuldlos an den Vorgängen sind, hat der Leiter des Hauptzollamtes Schneidemühl sich veranlaßt gesehen, den Zollamtsverwalter in Preußenfeld vorläufig seines Dienstes zu entheben.

Schätzungsweise sollen sich die hinterzogenen Zollgebühren mit dem zu versteuernden Zollwertersatz und den Zollstrafen auf mehrere 100 000 RM. belaufen.

Aufklärung eines rätselhaften Leichenfundes in Wien

Wie seinerzeit gemeldet wurde, sind am Wiener Franz-Josef-Bahnhof Teile einer weiblichen Leiche gefunden worden. Die Nachforschungen haben nun zur Verhaftung des mutmaßlichen Mörders geführt. Er ist ein pensionierter ehemaliger Gefangenenaufseher namens Franz Lauterbach. Gegen ihn sprechen eine Reihe schwerer Verdachtsmomente. Lauterbach steht auch im Verdacht, schon vor einigen Wochen eine ähnliche Tat begangen zu haben.

Nach einer späteren Meldung hat Lauterbach nach langem Leugnen das Geständnis abgelegt, den ihm zur Last gelegten Mord begangen zu haben.

Appell an Japans Ehrgefühl

Aus dem Schreiben des Zwölferausschusses

In dem am 16. Februar der japanischen Regierung übermittelten Appell des Zwölferausschusses heißt es, wie wir zuverlässig erfahren, u. a.:

Der Zwölferausschuß spricht den ernstlichen Wunsch aus, daß Japan eine versöhnliche und kluge Haltung einnehme, angesichts der Tatsache, daß es Mitglied des Völkerbundes und ständiges Mitglied des Völkerbundsrates ist. Der Konflikt in Ostasien soll von der mit Zustimmung der beiden streitenden Parteien eingesetzten Kommission geprüft werden. Der Schanghaier Zwischenfall ist jedoch nach der Bildung der Kommission eingetreten. Er droht den ersprießlichen Verlauf der jetzt tagenden Abrüstungskonferenz zu gefährden. Dem Zwölferausschuß sind die Beschwerden Japans wohl bekannt. Er hat deshalb auf Japan, das in den letzten Monaten seine internationalen Verpflichtungen loyal gehalten hat, Vertrauen gesetzt. Der Zwölferausschuß kann jedoch nur tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß die japanische Regierung sich nicht in der Lage sieht, eine Methode der friedlichen Regelung innerhalb der Bestimmungen des Völkerbundspaktes anzunehmen. Wir erwarten, daß Japan gegenüber der Weltöffentlichkeit nachweist, daß seine Aktion gerecht und maßvoll ist. Der Zwölferausschuß appelliert dringend an das Ehrgefühl Japans, in der Erwartung, daß Japan seine Verpflichtungen anerkennen und das Vertrauen, das die Mächte der Welt auf Japan setzen, rechtfertigen wird.

Japan erwittet von Paul Boncour Aufklärung

Der japanische Delegierte in Genf hat an den Ratspräsidenten Paul Boncour mehrere Rückfragen wegen des Appells des Zwölferrates gerichtet. Er fragte u. a., ob unter „Mäßigung" die bedingungslose Zurückziehung der Truppen aus Schanghai zu verstehen sei, worauf Paul Boncour erwiderte, es sei in erster Linie an die Errichtung einer neutralen Zone und die Bereitschaft Japans zur friedlichen Regelung des Konfliktes gedacht. Die Frage, warum der Appell nur an Japan und nicht auch an China gerichtet sei, beantwortete Paul Boncour dahin, daß Japan als Großmacht und ständiges Ratsmitglied größere Aktionsmöglichkeit und eine besondere Verantwortung habe.

Wie die Polizei in Schanghai mitteilt, schlugen Dienstag abend 45 Granaten in die internationale Zone ein, wobei vier Personen getötet und 14 verwundet wurden. Einer der verletzten englischen Besatzungsmitglieder des Dampfers „Suwio" ist seinen Verletzungen erlegen. Wie verlautet, werden wahrscheinlich die Japaner ihre militärischen Operationen bis zum Ende dieser Woche einstellen.

Englands Haltung

Im Unterhause fragte ein Abgeordneter, ob die britische Regierung nicht die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens und Deutschlands sondieren wolle, um einen gemeinsamen energischen Protestschritt bei der japanischen Regierung herbeizuführen, auf den nötigenfalls eine Abberufung der Botschafter und ein Abbruch der Handelsbeziehungen folgen würde.

Der Staatssekretär des Aeußeren, Sir John Simon, verneinte und fügte hinzu: Die Lage wird vom Völkerbund geprüft, dessen Mitglied wir sind. Die britische Regierung wird auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den im Völkerbund vertretenen Mächten und mit der amerikanischen Regierung handeln.

Auf die Frage, ob Artikel 16 des Völkerbundspaktes nicht zur Anwendung gebracht werden sollte, erwiderte Sir John Simon, die britische Regierung würde es für sehr unangebracht halten, ein Urteil über eine Frage abzugeben, die der juristischen Prüfung eines Gerichts unterbreitet sei, indem sie selbst vertreten sei. Sie würde jeden Vorschlag bedauern, der zu einer voreiligen Schlußfolgerung führen würde.

Bevorstehende Unabhängigkeitserklärung der Mandschurei und Mongolei?

Wie die Agentur Indo Pacifique aus Tokio berichtet, soll der neue, die Mandschurei und die Mongolei umfassende Staat am 18. und 19. Februar seine Unabhängigkeit erklären. Mit den erforderlichen Vorbereitungsarbeiten sei ein politischer Zentralrat beauftragt worden.

Schwerer Sturm auf dem Atlantischen Ozean

Aus Paris wird berichtet: Der Dampfer „Europa" ist am Mittwoch mit 24 Stunden Verspätung in Cherbourg eingetroffen. Der Ozeanriese hat einen Sturm wie selten überstanden, der großen Materialschaden anrichtete. Das erste und das zweite Deck wurden unaufhörlich von haushohen Wellen überschwemmt, wobei fast alle Fensterscheiben zertrümmert wurden. Eine Reihe von Fahrgästen wurde zu Boden geschleudert, ohne ernstlichen Schaden zu erleiden. Die „Europa" führt 400 Millionen Francs Gold an Bord, die für die Bank von Frankreich bestimmt sind.

Zwischenfälle im Hessischen Landtag

In der Plenarsitzung des hessischen Landtages verlas der nationalsozialistische Fraktionsführer Lenz eine Erklärung über Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die sich in einem Mainzer Vorort ereignet haben. Als er im Anschluß an diese Erklärung behauptete, die Zusammenstöße hätten das Versagen des hessischen Staates zum Schutze der Nationalsozialisten erwiesen und er müsse schleunigst das Eingreifen der Reichsaufsicht fordern, kam es auf der Linken des Hauses zu lebhaften Zwischenrufen. Der Abgeordnete Galm (Komm. Opp.) erklärte daraufhin, bald müsse man sich schämen, hessischer Landtagsabgeordneter zu sein, wenn man mit den Nationalsozialisten unter einem Dache arbeiten müsse. Diese Worte lösten bei den Nationalsozialisten einen Sturm der Erregung aus, und es kam zwischen ihnen und den Kommunisten sowie Sozialdemokraten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Als der Präsident die Streitenden nicht auseinanderzubringen vermochte, erschien Polizei, die durch Pfuirufe der Nationalsozialisten empfangen wurde. Die Nationalsozialisten riefen dem Innenminister zu: „Wer hat die Polizei geholt? Die Polizeigewalt steht nur dem Präsidenten zu!" Schließlich gelang es, die Abgeordneten zum Verlassen des Hauses zu bewegen. Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen.

Aus den Ausschüssen

Die Fürstenabfindung Abstimmung im Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm die Abstimmungen über die Neuregelung der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern vor. Nach Ablehnung weitergehender sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge wurde gegen die sechs Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Landvolkpartei mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Bayer. Volkspartei und der Christlich-Sozialen sowie der Kommunisten ein

sozialdemokratischer Antrag angenommen.

Dieser besagt, daß die an ein vormals regierendes Fürstenhaus zu entrichtenden

wiederkehrenden Leistungen, wenn sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese zuungunsten des Landes wesentlich verändert haben, in Anwendung der Grundsätze der Notverordnung vom 24. August 1931, also wie die Beamtengehälter, herabgesetzt werden können. Ueber das Maß der Herabsetzung entscheidet auf Antrag der Landesregierung eine „Reichsschiedsstelle", die beim Reichsinnenministerium zu bilden ist, und von diesem, dem Reichsjustiz- und dem Reichsfinanzministerium durch je ein Mitglied besetzt wird.

Die Reichsschiedsstelle entscheidet nach Anhörung der Parteien nach billigem Ermessen endgültig. Auf der anderen Seite sollen sich, wenn die Leistungen herabgesetzt werden, die unmittelbar der Erfüllung privatrechtlicher Verpflichtungen der Berechtigten zu dienen bestimmt sind, diese in demselben Verhältnis ermäßigen, in dem die entsprechenden Leistungen des Landes herabgesetzt sind.

Das Zentrum und die Sozialdemokratie hatten je einen neuen Antrag eingebracht, über die in einer zweiten Lesung am Donnerstag entschieden werden soll. Der Zentrumsantrag sieht im Staatsrentengesetz einen Zusatz vor, daß die Gläubiger der Kapitalleistungen an die Standesherren die Zahlung der Aufwertungsbeträge nicht vor einem bestimmten Termin, spätestens jedoch zum 1. Januar 1935, verlangen können. Diese Bestimmung würde sich auf den Fall Bentinck (Oldenburg) beziehen.

Der sozialdemokratische Antrag sieht eine Ergänzung des angenommenen Antrages in der Weise vor, daß bereits anhängige Verfahren in dem Zustand, in dem sie sich bei Stellung des Antrages auf Entscheidung durch die Reichsschiedsstelle befinden, an diese übergehen.

Die Beleidigungsparagraphen

im Strafrechtsausschuß des Reichstags

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Abschnitts „Beleidigung und Verletzung fremder Geheimnisse" fort. § 320 über die

Wahrnehmung berechtigter Interessen"

lautet nach den Beschlüssen des Ausschusses:

„Tadelnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen und über Urteile eines Gerichtes oder Entscheidungen einer Behörde und Aeußerungen, durch die jemand eine Rechtspflicht erfüllt oder ein Recht ausübt, sind nicht als üble Nachrede strafbar. Dasselbe gilt, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder ihm nahe angehenden privaten Interesses handelt und die Umstände die Annahme rechtfertigen, daß er sich in entschuldbarem gutem Glauben an die Wahrheit der Aeußerung befunden hat."

Weiter wurde auf Antrag des Berichterstatters Dr. Bell (Ztr.) § 321

„Sonderfäue der Beleidigung"

folgendermaßen gefaßt:

„In den Fällen der §§ 319, 320 ist der Täter wegen Beleidigung (§ 317) strafbar, wenn sich aus der Form oder den Umständen der Aeußerung eine Beleidigung ergibt."

Die weiteren Vorschriften wurden mit der Ergänzung angenommen, daß auch bei Beleidigung in einer öffentlichen Versammlung auf Antrag des Beleidigten die Verurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen ist.

Der Ausschuß nahm dann den Abschnitt über die Freiheitsdelikte ohne wesentliche Aenderungen an.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages

Der Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte am Mittwoch zunächst noch einmal in vertraulicher Sitzung die Denkschrift über die

Beteiligung des Reiches an wirtschaftlichen Unternehmungen.

Dann wurde der Einspruch des Reichsrates gegen das vom Reichstag zum Haushaltsplan für 1931 beschlossene Gesetz beraten, durch das eine Anzahl von Assistentenstellen bei den Landesfinanzämtern in Sekretärstellen umgewandelt und einige Beamte der Versorgungsbehörden besser gestellt wurden.

Die Beratungen wurden jedoch abgebrochen, um die am Dienstag zurückgestellten Abstimmungen über die sozialdemokratischen

Anträge auf Aufhebung des Verwendungszwanges für inländische tierische Fette

nachzuholen.

Die Antragsteller verzichteten jedoch auf besondere Abstimmung, weil die Anträge durch die Entwicklung überholt und durch die positiven Erklärungen der Regierungsvertreter am Dienstag gegenstandslos geworden seien.

Dann führte der Haushaltsausschuß die

vertrauliche Aussprache über die Bürgschaften

des Reiches zu Ende.

Es folgte die Beratung über die vom Reichstag seinerzeit beschlossene

Umwandlung von Assistentenstellen bei den Landesfinanzämtern

und bei den Versorgungsdienststellen, die der Reichsrat durch Verweigerung seiner Zustimmung rückgängig gemacht hat. Der Ausschuß beschloß erneut die Umwandlung dieser Assistentenstellen, hielt also seine früheren Beschlüsse aufrecht.

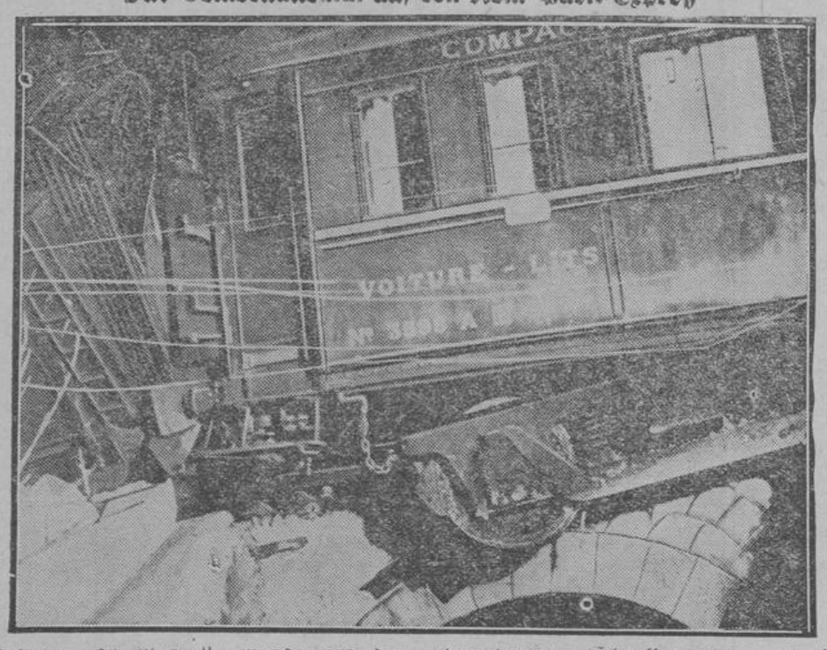
Dann nahm der Ausschuß eine vom Reichskommissar für die Osthilfe vorgelegte Uebersicht über die Organisation, den Betrieb und die Ausgaben dieses Reichskommissariats zur Kenntnis.

Als Berichterstatter führte Abg. Hartwig (Christl.-soz.) aus, daß für

die landwirtschaftliche Entschuldung

36 Millionen RM. direkt vom Reich und außerdem noch von der Bank für deutsche Industrie-

Das Bombenattentat auf den Rom-Paris-Expreß



In der Nähe von Marseille wurde auf den internationalen Schnellzug Rom—Paris ein Bombenanschlag verübt. Der Zug befand sich gerade über einer kurzen brückenartigen Überführung (im Bilde deutlich sichtbar), als die Explosion erfolgte. Drei Wagen stürzten eine acht Meter hohe Böschung hinunter, jedoch blieben wie durch ein Wunder sämtliche Passagiere unverletzt

obligationen 18 Millionen RM. ausgegeben wurden. Dem Sicherungsverfahren unterliegen gegenwärtig 58 000 landwirtschaftliche Betriebe. Es entfallen auf die bäuerlichen Betriebe der Anzahl nach 94,24%, dem Betrage nach 56,1% der Darlehen, auf die nicht bäuerlichen Betriebe 5,76 bezw. 43,9%.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages

Der Wohnungsausschuß des Reichstages erledigte am Mittwoch die Bestimmungen über Voraussetzungen und Durchführung der Enteignung eines Reichsstädtebaugesetzes. Mehrere Parteien beantragten, die Enteignung von Grundstücken, die ausschließlich religiösen Zwecken dienen, überhaupt nicht zuzulassen. Sie machten geltend, daß nur diejenigen Grundstücke geschützt werden sollen, die unmittelbar den Zwecken der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften dienen, nicht aber das Wirtschaftsland der Kirchen. Der Antrag wurde mit den 12 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Nationalsozialisten waren nicht erschienen.

Aufhebung der Immunität für zwei thüringische Landtagsabgeordnete

Aus Weimar, 17. Febr., wird berichtet: Im Landtag wurde heute die große Aussprache über Polizeimaßnahmen der Regierung und über den Versuch der Einbürgerung Hitlers fortgesetzt. Hervorzuheben ist die durch Minister Dr. Kästner vorgenommene nochmalige Rechtfertigung der beiden von Dr. Frick seinerzeit zur Amtsverschwiegenheit verpflichteten Beamten und die Feststellung des Ministers, daß das Vorgehen Dr. Fricks gesetzlich zulässig gewesen sei.

Der Landtag stimmte dann noch über Gesuche auf Freigabe von Abgeordneten zur strafrechtlichen Verfolgung ab. Die Immunität des Abg. Hennick-Gotha (RSDAP.) und des nationalsozialistischen Fraktions- und Gauführers Sauckel, die wegen Körperverletzung bzw. öffentlicher Beleidigung angeklagt sind, wurde aufgehoben.

Die Besprechung der Regierungsantwort wird am Donnerstag fortgesetzt. Außerdem soll über den kommunistischen Auflösungsantrag abgestimmt werden

Der amerikanische Senat gegen staatliche Arbeitslosenunterstützung

Reuter berichtet aus Washington: Der Senat hat den Gesetzesantrag des Senators Lafolette abgelehnt, durch den zur Unterstützung der Arbeitslosen in diesem Winter 125 Millionen Dollar und während des nächsten Finanzjahres 150 Millionen Dollar bewilligt werden sollten. Die amerikanischen Arbeiterverbände hatten Präsident Hoover am 9. Februar unter Hinweis auf die Notlage von mehr als acht Millionen Beschäftigungsloser in den Vereinigten Staaten um Einbringung eines derartigen Gesetzes ersucht.

Das kommende Preußenparlament

Wieviel Mitglieder wird der neue Landtag haben?

Der kommende Preußische Landtag wird nicht nur hinsichtlich der parteimäßigen Zusammensetzung ein wesentlich anderes Bild aufweisen wie das jetzt seiner Auflösung entgegengehende Preußenparlament. Bekanntlich hat die preußische Regierung durch Notverordnung vom 12. September v. J. die für ein Abgeordnetenmandat erforderliche Stimmenzahl von bisher 40 000 auf 60 000 erhöht. Das würde eine Verringerung der preußischen Mandate bei gleichbleibender Wahlbeteiligung (76,4 Prozent bei der letzten Preußenwahl am 21. Mai 1928) von 450 im jetzigen Preußischen Landtag auf etwa 300 im neu zu wählenden zur Folge haben. Wie die Dinge zurzeit liegen, scheint es aber kaum bei der durch Notverordnung erfolgten Hinaufsetzung des Wahlquotienten auf 60 000 zu bleiben. In Kreisen der preußischen Regierungsparteien wird, wie man hört, die hieraus sich ergebende außerordentlich starke Verminderung der Abgeordnetenmandate als zu weitgehend empfunden, eine Empfindung, die auch von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien in seltener Einmütigkeit geteilt werden soll. Es sollen daher Bestrebungen im Gange sein, die auf eine Festlegung des Wahlquotienten auf 50 000 abzielen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß, wenn der Landtag sich geschlossen für diese Bestrebungen einsetzt, die Regierung dem Wunsche der Parteien nachgeben wird. Gegenstand einer Kabinettssitzung ist die Angelegenheit, wie an zuständiger Stelle erklärt wird, jedoch bisher noch nicht gewesen. Demnach ist für den kommenden Landtag nicht mehr mit der ursprünglich erwarteten radikalen ziffernmäßigen Verkleinerung auf 300 Abgeordnete zu rechnen, sondern es werden in das neue Preußenparlament etwa 375 Abgeordnete einziehen. Bei ganz besonders starker Wahlbeteiligung ist sogar mit einer noch höheren Abgeordnetenzahl zu rechnen. Unabhängig von den hier erwähnten Bestrebungen hat die Deutsche Fraktion (Landvolkpartei, Deutschhannoversche Partei und Volksrechtpartei) im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Zahl der preußischen Mandate auf 400 festsetzen will.

Neue Bergarbeiterentlassungen.

Marl, 17. Februar. Zum Monatsende wurden wiederum 49 Belegschaftsmitglieder der Zeche Brasselt gekündigt. — Infolge Absatzmangels gelangen auf den Stinnesschächten, Anlage 1-2 zum 29. Februar 90 Arbeiter zur Entlassung.

Öffentliche Steuermahnung

Bis zum 15. ds. Mts. waren zu zahlen:

Die Grundvermögensteuern für landwirtschaftlichen Besitz für die Monate Januar—März 1932.
Die Grundvermögensteuern für sonstigen Besitz und die Hauszinssteuer für den Monat Februar 1932.
Die Gewerbe-Ertrag- und Kapitalsteuern für Januar—März 1932.
Die Kirchensteuern für die gleiche Zeit.

Die Rückstände dieser Steuern werden hiermit öffentlich angemahnt.

Wegen des bevorstehenden Jahresabschlusses muß die Zwangsbeitreibung aller Reste jetzt beschleunigt durchgeführt werden. Anträge auf Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung entbinden nicht von der Pflicht zur vorläufigen Zahlung der Steuerbeträge, wenn nicht eine Stundungsbewilligung vorgezeigt werden kann. Zur Vermeidung von Kosten ist Zahlung der Rückstände innerhalb der 3tägigen Mahnfrist erforderlich. Nach dieser Frist ist Pfändung zu erwarten. Ich mache dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ab 1. Februar d. Js. wieder Verzugszuschläge für die Steuerrückstände erhoben werden müssen und zwar 1½ Prozent für jeden halben Monat des Verzuges.

Auswärtige Hebetermine finden statt am
Donnerstag, den 18. Februar, in Hilgen, in der Wirtschaft Hirschfelder,
Freitag, den 19. Februar, in Dierath, in der Wirtschaft Busch, von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 17. Februar 1932.

Die Stadtkasse: Schmitz.

Verordnung

über Preisschilder und Preisverzeichnisse vom 8. 1. 1932.

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der V. O. über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. 12. 1931 (RGBl. I. S. 747) verordne ich hiermit das Folgende:

§ 1.

Wer die folgenden Waren: Weizenmehl, Roggenmehl, Grieß, Graupen, Haferflocken, Nudeln, Grütze, Makkaroni, Reis, Erbsen geschält oder ungeschält, Bohnen, Linsen, Zucker, Eßkartoffeln, Salzheringe, Schweinemalz, Butter, Margarine, Kokosfett, Kunstspeisefett, Käse, Kakao, Bohnenkaffee, Malzkaffe, Kornkaffe, Obst, Gemüse, in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt, in der Markthalle oder im Straßenhandel sichtbar ausstellt, oder anpreist, ist verpflichtet, die Waren mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Preis je Pfund sowie die handelsübliche Qualitätsbezeichnung der einzelnen Waren ersichtlich ist.

Soweit das Pfund als Verkaufseinheit nicht handelsüblich ist, kann die Preisbezeichnung nach Stück oder nach einer anderen handelsüblichen Verkaufseinheit erfolgen.

§ 2.

Wer die in § 1 aufgeführten Waren im Kleinhandel absetzt, ohne sie sichtbar auszustellen, hat in seinen Läden, Schaufenstern und Schaukästen und an seinem Verkaufsstand für die nichtausgestellten Waren gut sichtbar ein Preisverzeichnis anzubringen, das den in § 1 für die Preisschilder aufgestellten Erfordernissen entspricht.

§ 3.

Käse unterliegt den Vorschriften dieser Verordnung nur hinsichtlich der wichtigsten Sorten. Maßgebend hierfür sind die örtlichen Verhältnisse; im Zweifel werden die einzelnen Sorten durch die von den obersten Landesbehörden zu bestimmenden Stellen festgesetzt.

§ 4.

Die Verordnung tritt am 18. 1. 1932 in Kraft.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung
gez.: Dr. Goerdeler.

Veröffentlicht:
Opladen, den 16. Februar 1932.

Der Landrat
In Vertretung: Stapmanns.

Inserieren bringt Gewinn!

Ueberlegen

Sie sich bitte, was unsere Zeitung täglich bietet: erschöpfende Kunde von allen Neuigkeiten eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung. Und dann überlegen

Sie sich bitte

ob Sie auf das alles verzichten können, und ob es nicht ihr eigener Schade ist, wenn Sie den Bergischen Volksboten nicht weiter halten

Vieh-Versicherungs-Verein Burscheid
(Auf Gegenseitigkeit)

Hiermit wird an die Zahlung des 1. Quartals erinnert. Es wird erhoben 1% von der Versicherungssumme.

Um Strafe zu vermeiden, muß die Zahlung bis zum 25. Februar geleistet werden.

Der Vorstand.

Oskar Heinrichs
Holzhandlung und Holzbearbeitung
Burscheid, Höhestraße
empfiehlt
Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz
in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken.
Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen.

Unsere Gemeinde, insbesondere die Vereine, sind zu dem am

Volkstrauertag

(Sonntag, 21. Febr., 10 Uhr) stattfindenden Gottesdienst zum Andenken an unsere Gefallenen herzlich eingeladen.

Das Presbyterium.

Moderne Lichtbühne
Burscheid
Freitag 8.15 Uhr Sonntag 5 und 8.15 Uhr

Marlene Dietrich
von der heute die Welt spricht, in ihrem ersten Tonfilm
Herzen in Flammen
BEBE DANIELS in
Senorita
Senorita ist ein heiteres Filmspiel, bei dem Bebe Daniels als Mann verkleidet, ihre Gegner besiegt

UFA-Tonwoche
Kulturfilm
Tönendes und stummes Lustspiel

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Gewinnauszug
5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

8. Ziehungstag — 17. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 183935
2 Gewinne zu 75000 M. 28429
6 Gewinne zu 10000 M. 101376 121340 297186
14 Gewinne zu 5000 M. 33357 61724 238109 257819 319716 354681 360824
16 Gewinne zu 3000 M. 28054 132295 223708 227962 248658 298179 327735 355986
48 Gewinne zu 2000 M. 14187 20663 34329 60106 63552 72578 86609 89502 108404 108534 129494 149141 165274 189066 197096 213508 267238 319501 333934 342797 361141 375284 377013 394883
130 Gewinne zu 1000 M. 1229 8455 9094 9261 24067 27546 28567 32426 37587 38170 39006 80899 82285 82764 83796 87276 112350 112656 114971 118540 121094 123188 124250 124462 132648 147275 148942 151096 157640 159967 162670 164601 170891 173828 181221 198808 200721 201093 203110 213436 218466 234842 251258 255590 265166 272074 296104 297298 300391 303364 305455 309905 312843 316905 317623 319202 338817 347190 347368 360561 386727 387697 390717 396541 398851
190 Gewinne zu 500 M. 12076 12095 13363 22062 33273 34535 36647 39874 43160 47759 59039 60470 69400 74177 77736 85208 93318 95044 107902 110709 116759 125507 128612 132065 132613 133969 136843 138119 138555 139673 148897 171312 176243 176462 177391 177594 178318 181325 184627 187619 187736 199399 199973 201076 204045 206016 207105 207117 211978 217918 219332 224603 227806 227868 230081 233776 243298 244545 251135 251382 266680 272565 272854 276288 278197 285766 291254 292331 294689 296644 303136 312753 314081 318981 319024 321277 325374 326204 326651 333073 334963 335059 338154 345760 347067 347520 350589 364373 368463 377279 379651 382211 385017 387067 396172

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 10000 M. 17250 121564 125791 129190
12 Gewinne zu 5000 M. 35739 35852 71560 84329 209837 271300
16 Gewinne zu 3000 M. 11869 51899 74759 83434 94678 257429 325031 356727
54 Gewinne zu 2000 M. 12885 38210 38670 44762 65235 81661 115953 150397 155595 203607 228275 253046 263139 270136 282904 284589 287980 290462 293649 308588 340008 344063 346286 348470 357061 363146 379248
96 Gewinne zu 1000 M. 4579 10804 15304 15660 15960 15976 22327 24181 71953 77398 81082 82082 111534 116538 122403 134649 140886 167534 176730 191805 192138 199857 235722 237346 241852 245103 249995 251774 252912 260861 297496 303626 305406 307967 310938 321447 340044 351605 353180 361588 367195 378325 378538 380313 380988 381633 384696 397237
180 Gewinne zu 500 M. 1964 5137 6390 6495 6641 23777 29754 29755 35558 42260 42591 43538 44552 47463 54822 57258 60933 61929 79344 79873 82816 85215 86768 88241 93786 114209 117639 125493 126471 132877 138679 143873 145465 147981 154347 163499 175991 178335 179198 184572 187293 189265 190992 192277 192993 193301 196084 209978 209991 210454 212096 220870 227361 232573 245127 254206 261327 262972 265234 271807 274003 275564 278366 283489 284642 285093 286834 307253 314439 324165 325157 328560 335050 336487 340245 344145 345681 348227 349037 350890 362643 371397 381469 383602 384752 387034 387636 391009 391293 395745

Berichtigung: In der Nachmittags-Ziehung vom 16. Februar 1932 wurde Nr. **219648** statt 219618 mit 500 M. gezogen.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 10 zu je 50000, 20 zu je 25000, 134 zu je 10000, 344 zu je 5000, 734 zu je 3000, 2154 zu je 2000, 4302 zu je 1000, 7018 zu je 500, 21102 zu je 400 Mark.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 41 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 18. Februar 1932

Das Ergebnis der Winterhilfe

Oft kann man die temperamentvolle Feststellung hören: „Ich tue meine Pflicht, mehr zu tun, kann mich niemand zwingen! Es wäre gut, wenn jeder seine Pflicht täte". Tut er es aber wirklich, erfüllt der sie voll, der von sich behauptet, daß er sie tue? Ist des einzelnen Menschen Pflichtkreis so genau abgegrenzt, daß jeder von sich behaupten könnte, er tue seine Pflicht lückenlos? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Unser Pflichtkreis ist größer, als wir denken. Es gibt eine Beamtenpflicht — es ist löblich, wenn jeder Beamte seine Pflicht voll erfüllt — aber ist damit auch schon die Menschen-, die Christenpflicht erfüllt? Es gibt eine Elternpflicht; sehr schön, sie restlos zu erfüllen, ist aber ja nicht so leicht, wie viele denken. Es gibt eine Nächstenpflicht; es gibt eine Ordnungs-, eine Bürger-, eine Steuerpflicht!

Es gibt tausend Pflichten. Jeder ist daran beteiligt, ist ihnen mehr oder weniger unterworfen! Werden alle getreulich erfüllt, vor allem von jenen, die behaupten, ihre Pflicht getan zu haben? Wir wollen nicht den einzelnen Pflichten und Pflichtverletzungen nachgehen; es würde schon sehr viel besser um uns, um unser Volk, um unseren Staat stehen, wenn jeder im Rahmen des Möglichen seine Pflicht erfüllte, und zwar über den Rahmen der eigentlichen Berufspflicht hinaus.

Ueberall erwachsen uns Pflichten, insonderheit in der heutigen Zeit der Not und Sorgen. Manche Not könnte erleichtert werden, wenn jeder, aber auch wirklich jeder zupackte, wo es möglich ist. Uebergroß sind die Anforderungen, die in diesem Notwinter an jeden einzelnen an Opfern und Hilfsbereitschaft herantreten werden. Uebergroß ist auch die Hilfe, die gewährt wird; übergroß aber die versagte Hilfe. Sehen wir uns in unserem Umkreis um, manches Pfund könnte noch mehr gesammelt werden, wenn nicht viele, die es sich leisten könnten, selbst die — Bequemlichkeit vorschützen, um ihre Hilfe zu versagen. Ein Tier wird verhätschelt, aber ein Kind läßt man hungern und frieren. Tun wirklich alle ihre Pflicht, wenn sie stolz wie die Pharisäer behaupten, sie erfüllten sie restlos und ein Mehr könne von ihnen nicht verlangt werden.

Wer ein Kind hungern läßt, wo er weiß, daß er helfen könnte und helfen müßte, der vernachlässigt nicht nur seine Pflicht, er macht sich eines Vergehens gegen seine Christen-, Menschen- und Bürgerpflicht schuldig. Darum, wenn wieder einmal der Ruf ergeht, tue jeder seine Pflicht.

Die Not- und Winterhilfe der Stadtgemeinde Burscheid hatte sich am gestrigen Abend in der Aula der hiesigen städt. Berufs- und Handelsschule versammelt, um aus dem Munde des ersten Beigeordneten, Herrn Ernst Peters, die Erfolge der Burscheider Winterhilfsmaßnahmen entgegenzunehmen. Nicht bei Kaffee und Kuchen, wie es sich als Dank an die fleißigen Helferinnen gebührt hätte, sondern im nüchternen Saale der Berufsschule, dort, wo sonst die Stadtratssitzung tagt. Nach herzlichen Begrüßungsworten wurde das vorläufige Ergebnis der Nothilfe bekanntgegeben. An Haussammlungen gingen im Oktober 986.35, im November 314.90, im Dezember 337.30 und im Januar 307.10 zusammen also 1945.65 RM ein. Die industriellen Betriebe zeichneten 2873.70 RM, ein Ungenannter stiftete 950 RM und Zinsen und Rückvergütungen ergaben 60 RM, sodaß sich nunmehr die Ziffer auf 5843.10 RM stellt. 950 RM ergaben die Gutscheine des hiesigen Gewerbevereins, Gutscheine verschiedener anderer Geschäfte und der Erlös der Wohltätigkeitskonzerte in Burscheid und Hilgen. Da noch 400 RM in Aussicht stehen, ergibt das Gesamtergebnis die schöne Summe von rund 7200 RM. Hiervon stehen heute ungefähr 2000 RM noch zur Verfügung. Es wurden 500 Zentner Kartoffeln, Brennstoff, Schuhe und Kleidungsstücke angeschafft und an die Bedürftigen verteilt.

Betrachtet man das Ergebnis, so ist dasselbe als gut zu bezeichnen, wenn man das benachbarter Gemeinden dem entgegenstellt. Für dieses schöne Ergebnis gebührt an dieser Stelle neben den Gebern, den Sammlerinnen und Sammlern, die sich in uneigennütziger Weise zur Verfügung stellten, öffentlicher Dank.

Da wir natürlich noch nicht über die Härte des Notwinters hinweg sind, wurde auch die Frage aufgeworfen, wie man sich in der Zukunft zu der Not- und Winterhilfe stelle. Der größte Teil der Erschienenen war der berechtigten Meinung, daß die Sammlung in diesem Monat ausfallen müsse und erst Mitte März nochmals an die Mildtätigkeit und Bereitwilligkeit unserer Mitbürger appelliert werden dürfe.

Nach einigen internen Fragen schloß Herr Ernst Peters mit nochmaligem Dank an alle die Besprechung.

Hilferuf der Blinden

Der Rheinische Landesblindenverband hielt am vergangenen Montag, den 15. Februar 1932, in der Kölner Bürgergesellschaft eine öffentliche Blindenversammlung ab, um mit vereinter Kraft einen Hilferuf der Blinden in die Oeffentlichkeit hinauszuschicken, durch welchen Staat und Volk, öffentliche Fürsorge und die freie Wohlfahrtspflege zum Aufhorchen gebracht werden sollen. Der ungeheuer verschärfte Kampf um Arbeit führt naturgemäß zu einer entsprechend verschärften Auslese der Tüchtigsten und Tauglichsten und damit zur Verdrängung der Mindergeeigneten, vor allem der Gebrechlichen, aus dem Erwerbsleben. Die Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege, die für die hilfsbedürftigen Blinden früher sehr viel getan hat, lassen immer mehr nach; denn immer weniger sind derer, die noch geben können und immer dringlicher und vielstimmiger werden die Bitten und Forderungen nach tätiger Hilfe.

So fordern die deutschen Friedensblinden, die Blindenlehrer und Blindenfürsorger schon seit mehreren Jahren die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Blindenrente, die alle Blindennot beseitigen würde. Trotz der gegenwärtigen Notzeit hat die freie Stadt Danzig kürzlich ein Blindenrentengesetz erlassen, durch das den dortigen Blinden mit unzureichenden Einkünften ein Rechtsanspruch auf eine — wenn auch bescheidene — Rente eingeräumt wird. Solange es eine solche, von den deutschen Friedensblinden sehnlichst angestrebte Einrichtung bei uns noch nicht gibt, bedürfen diese umsomehr der öffentlichen und privaten Hilfe, brauchen sie umsomehr eine auf menschlicher Güte, sozialem Verständnis und edlem Gerechtigkeitsgefühl ruhende Behandlung in Gesetzgebung und Verwaltung, im Beruf und Erwerb und nicht zuletzt im persönlichen Verkehr von Mensch zu Mensch.

Alle diese Fragen faßte die Versammlung in der nachstehenden Entschließung zusammen, die allen in Betracht kommenden Behörden besonders zugestellt wird:

Im Namen der 35 000 blinden Volksgenossen erhebt die öffentliche Blindenversammlung des Rheinischen Blindenverbandes einen dringenden Notruf an die breiteste Oeffentlichkeit gegen die fortschreitende Verelendung der weitaus meisten Blinden.

Mit doppelter Schwere lastet die Erwerbslosigkeit mit ihren wirtschaftlichen und seelischen Folgen auf den Blinden. Auf sie drückt nicht nur der Alltagskampf um Brot und nützliche Betätigung sondern dazu noch die ganze Schwere ihres Schicksals. Ihnen ist der Verzicht auf all das, was dem Sehenden an Kultur und Naturgenuß zur Hebung seiner Daseinsfreude durch das Auge vermittelt wird, auferlegt. Auch die vom Staat und Gesellschaft geschaffenen öffentlichen Einrichtungen zur Hebung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Körperbildung bleiben ihm zum größten Teil verschlossen, die dem Sehenden zur Ablenkung von dem allgemein quälenden Jammer der Gegenwart immer noch offen stehen. Umsomehr berechtigt ist die Forderung der Blinden, sie vor einer wirtschaftlichen Verelendung zu bewahren.

Deshalb ergeht an Volksvertretung und Behörden, an alle Parteien und an das ganze zur Hilfe bereite Volk der dringende Notruf der blinden Mitschwestern und Brüder:

Tretet wie und wo ihr könnt für uns ein zur Erreichung folgender Ziele: „Schaffung einer staatlichen Blindenrente und — solange eine solche noch nicht eingeführt ist — Verbesserung der öffentlichen Fürsorge für Blinde insbesondere Berücksichtigung des durch die Blindheit verursachten Mehraufwands bei Bemessung der Fürsorgeleistungen, grundsätzliche und allgemeine Schonung der Blinden bei dem gegenwärtigen Abbau der öffentlichen Fürsorge und bei den geplanten Einschränkungen der Renten aus der Sozialversicherung, Berücksichtigung der Blinden bei Arbeitsvermittlung und bei Vergebung von Arbeitsaufträgen".

Die gleiche Entschließung faßte der Blindenverein für den Rhein-Wupper-Kreis auf seiner außerordentlichen Versammlung in Leverkusen am vergangenen Sonntag.

Zur Reform der Unfallversicherung

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat zur Reform der Unfallversicherung dem Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften gegenüber die Forderung erhoben, daß die Aufnahme einer Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung anzustreben sei, nach der der verdiente Arbeitslohn plus Rente niemals mehr ausmachen darf als der Tariflohn. Des weiteren bezeichnet es der Reichsverband als nicht berechtigt, daß Witwenrenten ohne zeitliche Beschränkung gewährt werden. Hierdurch seien Witwen von durch Betriebsunfall Getöteten häufig besser gestellt als Frauen, deren Männer noch am Leben und infolge der ungünstigen Arbeitsmarktlage arbeitslos seien, bezw. sonstigen Witwen, deren Männer an den Folgen einer Krankheit gestorben seien. Bei der schwierigen Finanzlage der Berufsgenossenschaften läßt sich eine derartige Sonderstellung nicht rechtfertigen. Es müsse daher die Einführung einer Bestimmung angestrebt werden, die für den Bezug von Witwenrente in der Unfallversicherung eine zeitliche Begrenzung vorsieht.

Ferner schlägt der Reichsverband des deutschen Handwerks eine Aenderung des § 903 der Reichsversicherungsordnung in dem Sinne vor, daß die Regreßhaftung künftighin auch den nicht gewerbsmäßigen Unternehmer trifft, wenn bei Ausführung des Baues gegen die Arbeiterschutzvorschriften oder gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen wurde und wenn diese Zuwiderhandlungen den Unfall verursacht haben. Mit einer solchen Ergänzung glaubt der Reichsverband des deutschen Handwerks gleichzeitig ein Mittel zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baugewerbe zu haben.

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften wird schließlich noch gebeten, zu den Besprechungen über die Zusammenlegung von Berufsgenossenschaften die handwerklichen Organisationen hinzuzuziehen.

Deutsche Arbeitslose für Hungerlohn

Die Bundesleitung des Schutzverbandes gegen die französische Fremdenlegion, Sitz Düsseldorf, schreibt:

„Wir erhielten durch unsere Vertrauensleute aus Algerien die Nachricht, daß vom 19. Armeekorps in Oran an den Kommandeur der Fremdenlegion in Algerien Anweisung ergangen ist, besondere Eisenbahnformationen für den Bau der Saharabahn aufzustellen und die Rekrutierung hierfür mit allen Mitteln zu fördern. Nach Möglichkeit sollen zur Entlassung kommende Fremdenlegionäre für den Eisenbahnbau angeworben werden, ihnen wird außer ihrer Löhnung noch die Zulage der Arbeitskompagnien von 1,50 Franc pro Tag gewährt. Der Dienstvertrag ist auf fünf Jahre festgesetzt. Die Leitung der Arbeiten liegt in den Händen der Militärbehörde.

Es ist uns schon seit langem bekannt, daß die Franzosen mit der Rekrutierung für die Fremdenlegion, trotz dem noch immer großen Zustrom aus Deutschland immer größere Schwierigkeiten haben. Nach Niederwerfung der letzten Aufstände in Marokko im Januar 1932 wird die Legion als Kampftruppe weniger verwendet. Der französische Generalstab hat schon im August vorigen Jahres beschlossen, die Fremdenregimenter nur noch für den Bau der Saharaeisenbahn zu verwenden, da sie das billigste und zuverlässigste Arbeitsmaterial sind.

Nach den Anweisungen des 19. Armeekorps muß nun befürchtet werden, daß durch Vorspiegelung von lohnender Arbeit in Afrika Deutsche hinübergelockt werden sollen. Fest steht schon heute, daß zwischen den Regimentern der Fremdenlegion und den Eisenbahnbauabteilungen praktisch kein Unterschied besteht, weder in der Löhnung noch in der Organisation. Da die klimatischen Verhältnisse derart ungünstig sind, haben die Franzosen auf Anwerbung von eingeborenen Arbeitern verzichten müssen, außerdem würden sie sich weigern, für eine derart elende Bezahlung von insgesamt 2,50 Franc ihre Arbeitskraft zu opfern.

Wir raten deshalb allen Arbeitsuchenden dringend, auf Arbeitsangebote aus dem Auslande nicht eher zu antworten, bis die zuständigen Arbeitsämter Erkundigungen eingezogen haben. Diesen steht der Schutzverband gegen die französische Fremdenlegion e. V. Düsseldorf für alle Auskünfte zur Verfügung".

Aus der Heimat

Moderne Lichtbühne Burscheid

Eine der interessantesten Erscheinungen der modernen Literatur ist Benno Vigny; er führt ein Bohemeleben, das ihn kreuz und quer durch Europa führt, bis der Krieg ausbricht, der ihn auf französischer Seite als Artillerist sieht. Schwer verwundet wird er nach Marokko versetzt, wo er bis zum Waffenstillstand bleibt. Hier entsteht das Konzept seines Buches „Amy Jolly", dem späteren Tonfilm „Herzen in Flammen", der am Freitag und Sonntag in der hiesigen Modernen Lichtbühne aufgeführt wird. Das Thema des Films ist das ewig-menschliche Liebesdrama einer Kabarettsängerin, deren oft enttäuschtes Herz sich mit der ganzen Kraft einer großen Leidenschaft einem jungen Fremdenlegionär zuwendet.

Des weiteren wird „Senorita", ein heiteres Filmspiel, bei dem Bebe Daniels, als Mann verkleidet, ihre Gegner besiegt, gegeben. Es kommt nach diesen Verkleidungen zu einer Kette von Verwechslungen und Verwicklungen, die sich sehr komisch zum Guten lösen.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Musterkoffer gestohlen

Unsere diesbezügliche gestrige Meldung über einen Musterkofferdiebstahl vor einer Wirtschaft in Lungstraße ist dahingehend zu berichtigen, daß außer dem Musterkoffer auch noch eine Mustertasche von dem Motorrad eines Wermelskirchener Schuhreisenden gestohlen wurde. Der Musterkoffer konnte gestern in der Nähe eines Hauses in Blecher gefunden werden. Wie er dahin kommt, muß die Untersuchung ergeben.

Preisschilder und Preisverzeichnisse

Im vorliegenden Anzeigenteil wird eine Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse seitens des Reichskommissars für Preisüberwachung veröffentlicht, die mit dem 18. Januar 1932 in Kraft getreten ist und die wir der Beachtung unserer Leserschaft empfehlen.

Imbusch spricht in Düsseldorf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltet am kommenden Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr im Paulusheim zu Düsseldorf eine bedeutsame Kundgebung, in deren Mittelpunkt ein Referat des 1. Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führers der christlichen Bergarbeiter, Reichstagsabgeordneten Heinr. Imbusch, über „Wo stehen wir, was wollen wir?" stehen wird.

Der erste große Gewinn

Der erste große Gewinn der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie ist gestern morgen

Aus der Gemeinde Witzhelden

Weitere Einschränkung des Omnibusverkehrs

Was schon seit längerer Zeit wegen des starken Rückganges der Verkehrsziffern zu erwarten stand, ist jetzt zur Wirklichkeit geworden. Wer den ab 15. ds. Mts. gültigen Fahrplan für den Autobusverkehr aufmerksam durchgesehen hat, der wird gefunden haben, daß der Wagen, der bisher um 10,15 Uhr von Solingen nach Witzhelden fuhr, nur noch Sonntags verkehrt. Der Wagen 11,15 Uhr von Witzhelden nach Solingen ist gänzlich ausgefallen. Hoffen wir, daß die Zeiten nicht mehr allzufern sind, wo eine Belebung der Wirtschaft und damit auch des Verkehrs wieder eintreten wird.

Gefallenenehrung

Anläßlich des Volkstrauertages am kommenden Sonntag soll, wie wir bereits vor einiger Zeit mitteilten, auf dem Ehrenfriedhof eine Gefallenenehrung stattfinden. Ihre geschlossene Teilnahme bzw. Mitwirkung haben zugesagt, der MGV Herscheid, der Gemischte Chor „Blüh auf" Kuhle, der Kirchenchor, die Sanitätskolonne, die Freiw. Feuerwehr und die Ortsgruppe Witzhelden der Vereinigung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen. Der Kirchenchor wird während des Hauptgottesdienstes singen, dagegen singen die beiden anderen Gesangvereine an den Kriegergräbern. Die Vereine formieren sich zum geschlossenen Abmarsch zum Ehrenfriedhof nach dem Hauptgottesdienst um 11,10 Uhr auf dem Marktplatz. Die Bürgerschaft wird gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Nach einem Vorspruch und einem Gesangvortrag des Gemischten Chors „Blüh auf" folgt die Gedächtnisrede von Lehrer Banken, verbunden mit der Kranzniederlegung durch Bürgermeister Baupel. Zum Abschluß singt der Männer-Gesang-Verein Herscheid.

---

gezogen worden. 100 000 RM fielen auf das Los Nr. 183 935. In der ersten Abteilung wird das Los in Vierteln in Württemberg und in der zweiten Abteilung in Achteln im Rheinland gespielt.

20prozentige Senkung der Umlage für die Düsseldorfer Handwerkskammer

Der Vorstand der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf beriet in seiner letzten Sitzung am 11. Februar den Haushaltsvoranschlag für 1932/33. Die vom Handwerk aufzubringende Umlage wird nach den Beschlüssen des Vorstandes um rund 20 Prozent gesenkt werden. Die Kammer tritt am 16. März in Düsseldorf zu einer Vollsitzung zusammen. Außer dem Haushaltsplan und der Besprechung der Wirtschaftslage enthält die Tagesordnung u. a. Berichte über die Preispolitik des Handwerks und über die Arbeiten des deutschen Handwerksinstituts. Auch ist eine Ermäßigung der Prüfungsgebühren beabsichtigt.

Schwierigkeiten bei der Bierpreissenkung

Die vom Reichskommissar für Preisüberwachung angeordnete Senkung der Bierpreise ist von den Brauereien vollständig durchgeführt worden. Die Gastwirte haben die Anordnung jedoch nur teilweise befolgt. Der Reichskommissar hat deshalb die örtlichen Behörden um Eingreifen gebeten. Die betreffenden Gastwirte sollen verwarnt werden; gegebenenfalls soll an den Reichskommissar berichtet werden.

Auf Anfrage wird amtlich mitgeteilt, daß die Gemeindebehörden vom Reichskommissar für Preisüberwachung keine die Bierpreissenkung betreffende Aufforderung erhalten haben.

Geburtenrückgang in Deutschland

Der Geburtenrückgang in Deutschland nimmt seinen Fortgang. Im ersten Halbjahr 1931 wurden 30 000 Ehen weniger geschlossen als im ersten Halbjahr 1930. Besonders in den Großstädten wird weniger geheiratet. Im ersten Halbjahr 1931 hat die Bevölkerung des Deutschen Reiches durch natürliche Vermehrung um insgesamt 143 734 zugenommen gegenüber 214 658 im ersten Halbjahr 1930. Die Zunahme ist also um etwa 30 Prozent geringer.

Wie weit geht der Anspruch auf Gehör von Seiten des Steuerpflichtigen?

Sucht ein Steuerpflichtiger bei seinem Finanzamt um ausgiebiges Gehör nach, so darf das natürlich nicht zu einer Offenlegung der Steuerverhältnisse anderer Personen führen, wie z. B. bei Betriebsvergleichen, ferner hat der Steuerpflichtige kein uneingeschränktes Recht, auf die Namensnennung der Sachverständigen und Auskunftgewährenden. Außerdem ist nach einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes ein Verfahrensmangel dann nicht der Fall, wenn einem Steuerpflichtigen, der häufig unrichtige Angaben gemacht hat, kein Einblick in das gesamte Material gewährt wird, sondern nur in einen Teil des Materials, da der Steuerpflichtige letzten Endes noch so guten Beweisen gegenüber zu Ausflüchten greifen würde.

Gliederung der deutschen Landwirtschaft

Nach den letzten Feststellungen über die Gliederung der Landwirtschaft in bezug auf die verschiedenen Betriebe bestehen zurzeit etwa 19 000 landwirtschaftliche Großbetriebe, die eine Fläche von mehr als 100 Hektar umfassen. Auf ihnen sind rund eine Million Arbeiter beschäftigt. Anderseits gibt es etwas mehr als zwei Millionen bäuerliche Betriebe mit einer Größe von 2 bis 50 Hektar Nutzfläche, auf denen rund 8,5 Millionen Menschen Arbeit und Verdienst finden. Das Brotgetreide umfaßt nur 12 v. H. der landwirtschaftlichen Markterzeugung, während Vieh- und Veredelungserzeugnisse 62 v. H. betragen. Die Großbetriebe haben am Anbau des Brotgetreides einen Anteil von rund 70 v. H., und die bäuerlichen Wirtschaften sind mit etwa 30 v. H. beteiligt. Bei der Vieh- und Veredlungswirtschaft ist das Verhältnis umgekehrt. 80 v. H. davon entfallen auf die bäuerlichen Betriebe. In Großgrundbesitz und Bauernwirtschaft besteht zurzeit folgender Tierbestand: 19 Millionen Stück Rindvieh, 23,7 Millionen Schweine, 3,4 Millionen Pferde, 3,4 Millionen Schafe, 2,5 Millionen Ziegen und rund 93 Millionen Stück Federvieh.

Frost am Obstbaum

Daß die Wintersonne auf die Stämme nachteilig einwirkt, ist bekannt. Man sucht dieser Erscheinung entgegenzuwirken, indem man den Stamm und die größeren Aeste kalkt, weil dadurch die starke Erwärmung der dunkelgefärbten Rinde unterbunden wird. Kräftiges Bedecken des Bodens mit Dünger, Streu usw. ist ebenfalls zu empfehlen; hierdurch wird die Sonne von der Erwärmung des Bodens abgehalten. Der Safttrieb kommt dann nicht so früh in Gang, und die Frostgefahren werden vermindert. Sie sind bei freistehenden Bäumen am geringsten, und hier ist am ehesten Gelegenheit gegeben, durch einen Kalkstrich abzuhelfen. Die Kälte allein trägt nicht zur Bildung von Frostplatten bei, sondern der ständige Wechsel von Kälte und Wärme. Spalierbäume wird man durch Einbinden mit Tannenreisig oder Stroh gegen allzu große Erwärmung schützen.

Notlage des Handwerks durch Schäden in der Landwirtschaft

Wir entnehmen dem amtlichen preußischen Pressedienst: Soweit das Handwerk durch die Notlage der Landwirtschaft in wirtschaftliche Bedrängnis geraten ist, können ihm nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles Erleichterungen bei den Staatssteuern, insbesondere bei der Hauszinssteuer nach Maßgabe der hierüber bestehenden gesetzlichen und im Verwaltungswege erlassenen Bestimmungen bewilligt werden. Soweit Reichssteuern in Frage kommen, hat der Reichsminister der Finanzen das Landesfinanzamt in K. ersucht, die Finanzämter anzuweisen, nach Maßgabe des Runderlasses vom 14. November 1930 in den Fällen, in denen Handwerker infolge der Witterungsschäden in der Landwirtschaft durch Mangel an Aufträgen oder durch schlechten Eingang an Zahlungen erheblich geschädigt wurden, auf dem Gebiete der Reichssteuern durch wohlwollende Behandlung der eingehenden Anträge, insbesondere durch Stundung, entgegenzukommen.

Der schöne Sommer wird prophezeit

Englische Meteorologen prophezeien einen ganz wundervollen Sommer für dieses Jahr. Sie begründen diese Ankündigung mit dem sogenannten Elfjahres-Sonnenzyklus, der alle elf Jahre einen wahren Wundersommer bringen soll. 1921 und 1910 hätten dieselben Witterungsverhältnisse geherrscht wie 1932, und in beiden, um je elf Jahre zurückliegenden Jahren habe es einen herrlichen Sommer gegeben. Ebenso 1899 und 1888. Die Meteorologen prophezeien mildes und trockenes Wetter für die Zeit vom Februar bis zum August. Im August werde das Wetter freilich etwas unbeständig sein, aber dafür könne man auf einen warmen und schönen September rechnen. Auch der übrige Teil des Jahres werde sich durch mildes und schönes Wetter auszeichnen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Die Bergosa in Finanzschwierigkeiten

Berg. Neukirchen, 18. Febr. Die vor etwa zwei Jahren mit großen Erwartungen gegründete Firma Bergische Obstverwertungs-Gesellschaft mbH in Bergisch Neukirchen befindet sich jetzt in Finanzschwierigkeiten. Nach einer Bekanntmachung des Amtsgerichts wurde am 15. Februar zur Abwendung des Konkurses das Vergleichsverfahren eröffnet. Der Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist auf den 14. März d. J., 10,15 Uhr, vor dem Amtsgericht Opladen angesetzt. Die Gesellschaft wurde seinerzeit unter Beteiligung der Gemeinde Bergisch Neukirchen und des Rhein-Wupper-Kreises ins Leben gerufen, um jährlich etwa 30 000 bis 40 000 Zentner nicht marktfähigen bergischen Obstes in den Apfelsüßmost „Bergosa" sowie andere Obstprodukte umzuwandeln. Dabei wurden von den bisherigen Inhabern der Krautfabrik die vorhandenen Obstpressen und sonstigen Einrichtungen im Werte von etwa 50 000 Mk. zinslos unter Beteiligung am Reingewinn zur Verfügung gestellt. Für Neuanschaffungen mußte eine Beihilfe von 30 000 Mark gewährt werden, außerdem wurde ein Betriebskapital von 25 000 Mark privat aufgenommen. Die Gesellschaft stand unter dem maßgebenden Einfluß der Stadtgemeinde Bergisch Neukirchen sowie unter Ueberwachung des Kreises. Der Kreis beteiligte sich laut Beschluß der Kreistagssitzung vom 31. März 1930 mit einer Einlage von 7000 Mark. Die Sanierung der Gesellschaft liegt nicht nur im Interesse der finanziell Beteiligten, sondern in noch viel höherem Maße in dem des gesamten bergischen Obstbaues, dessen Rentabilität nur dann gesichert ist, wenn auch die nicht marktfähige Ware sowie das Abfallobst zu einigermaßen günstigen Bedingungen abgesetzt werden können.

Für die Landwirtschaft

Zur Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversorgung vom 23. Januar 1932

Die deutsche Landwirtschaft ist in den letzten Jahren in immer größere Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung ihrer Betriebsmittel geraten. Die Ursache für diese Schwierigkeiten liegt in dem Mißverhältnis zwischen den Preisen, die der Landwirt einerseits für seine Produkte erzielt und die er andererseits für seine Aufwendungen bezahlen muß. Dem Index für Agrarprodukte von cc. 92 steht ein solcher für industrielle Fertigwaren von cc. 130 gegenüber. Der Index für Pacht und Löhne liegt noch höher. Am stärksten belasten den landwirtschaftlichen Betrieb Steuern und Abgaben aller Art, Soziallasten, Zinsen und Zwischenhandelsspannen, deren Index auf 200—500 aufgebläht ist. Dem Index für Agrarprodukte ist lediglich der für Düngemittel mit 75 (Ammoniak-Index sogar nur 56) angepaßt.

Die Aufwendungen für Steuern, kommunale und soziale Lasten, Zinsen, Pacht usw. stellen für den Landwirt feste, fast unabänderliche Generalunkosten dar. Je weniger Zentner er von der Flächeneinheit erntet, desto stärker wird der einzelne Zentner von diesen belastet und umso schwieriger gestaltet sich die Aufrechterhaltung des Betriebes. Durch das starke Absinken der Roheinnahmen haben die vorgenannten, für den Betrieb unproduktiven Kosten einen derartigen Umfang angenommen, daß sie für den aktiven, ertragssteigernden Betriebsaufwand (Saatgut und Düngemittel) immer weniger übrig ließen. Obwohl die Landwirtschaft davon überzeugt ist, daß die Ausgaben für den aktiven Betriebsaufwand sich gerade heute, weil sie sogar unter dem Agrarindex liegen, noch gut rentieren und obwohl jeder Landwirt seine nationale Pflicht, die Volksernährung durch ausreichende Inlandserzeugung sicherzustellen, erkannt hat, behinderten ihn die bevorrechtigten festen Generalunkosten derart stark, daß der aktive Betriebsaufwand und damit die Höhe der Ernteerträge in Frage gestellt war. Diese Gefahr war so ernst, daß sich die Reichsregierung ihr nicht länger verschließen konnte. Man sah ein, daß man die Henne, die die goldenen Eier legen soll, nicht schlachten kann, ohne auch auf ihre Eier (Steuern etc.) verzichten zu müssen. Aus diesem Grund wird in der neuen Notverordnung den für die Betriebe lebensnotwendigen Aufwendungen für Saatgut und Düngemittel eine bevorrechtigte Stellung eingeräumt. Der Landwirtschaft ist die Möglichkeit gegeben, für die Bezahlung von Frühjahrsdünger und Frühjahrssaatgut einen entsprechenden Teil der Ernte zu reservieren. Die öffentlichen Lasten, die Zahlung der Schulden, die Begleichung von Hypothekenzinsen usw. sind demgegenüber an zweite Stelle gerückt.

Durch diese Aussonderung eines Teiles der Ernte für die Bezahlung von Frühjahrsdüngung und Saat ist gleichzeitig den Düngerhändlern und Genossenschaften Sicherheit für die von ihnen gewährten Düngemittel- und Saatgutkredite gegeben worden. Diese Sicherheit hat eine wichtige Ergänzung gefunden durch die von seiten des Reiches und der Düngerindustrie den Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften gegenüber übernommene Ausfallbürgschaft. Diese Ausfallgarantie wird sich auf einen Betrag bis zu 90 Millionen Mark erstrecken, von denen das Reich bis zu 57 Millionen und die Düngemittelindustrie bis zu 33 Millionen übernehmen sollen.

Engstenberg bleibt in Haft

Opladen, 18. Febr. Der von der Polizei vorläufig festgenommene Kassensekretär Engstenberg wurde gestern morgen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl. E. bleibt bisher bei seiner Darstellung über den angeblichen Raubüberfall. Bei der Stadthauptkasse wird zur Zeit nachgeprüft, ob weitere Unterschlagungen des E. erfolgt sind. Es kann sich dabei aber nur um geringfügige Beträge handeln. Dagegen schwebt, wie wir hören, ein weiteres Verfahren gegen E. wegen Urkundenfälschung. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 1200 Mark. Weiteres kann dazu noch nicht angegeben werden.

Der Betrüger wurde gefaßt

Opladen, 18. Febr. In den verschiedensten Städten, wie Gladbach-Rheydt, Neuß, Bonn, Köln, Opladen, Bergisch-Gladbach u. a. m. trat kürzlich ein Mann auf, der in der Hauptsache Konfektionsgeschäfte erheblich schädigte. Er ließ sich zwei im Geschäft ausgesuchte Anzüge zur Anprobe in seine angebliche Wohnung bringen, die er aber meist erst eine Stunde vorher gemietet hatte. Er wußte es hier geschickt einzurichten, daß er mit den Anzügen, die er angeblich im Schlafzimmer anziehen wollte, verschwand. In Bergisch Gladbach ist dieser Betrüger jetzt erwischt worden. Es handelt sich um einen 20jährigen Heilgehülfen, der aus Münster in Westfalen stammt.

Die neuen Brunnen der Schusterinsel AG

Opladen, 18. Febr. Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß die Schusterinsel AG die Absicht habe, in Bürrig acht neue Hebebrunnen und einen Sammelbrunnen zu bauen. Diese Meldung beruht auf einem Mißverständnis. Die Brunnen bestehen schon seit einem Jahre, die Schusterinsel AG hat nunmehr nur die Verleihung eines Wasserrechtes beantragt, um sich für die bestehende Anlage den wasserrechtlichen Schutz zu sichern.

Radfahrer von Kraftwagen angefahren

Leverkusen, 18. Febr. Auf der Kölner Straße wurde ein Radfahrer von einem Kraftwagen angefahren. Das Fahrrad wurde zertrümmert, der Radfahrer erlitt erhebliche Verletzungen. Wie der Führer des Kraftwagens angibt, hat er den Radfahrer erst im letzten Augenblick vor seinem Fahrzeug gesehen, so daß er nicht mehr rechtzeitig halten konnte.

Der Fährbetrieb wieder aufgenommen

Hitdorf, 18. Febr. Die Fährverwaltung teilt mit, daß der durch Treibeis unterbrochene Fährverkehr zwischen Köln-Langel und Hitdorf wieder in vollem Umfange aufgenommen worden ist.

Ueber 4000 Mark für Nothilfe gesammelt

Leichlingen, 18. Febr. In der gestrigen Sitzung der Nothilfe erstattete der Vorsitzende Bericht über das Ergebnis der Sammlung und die in diesen Wintermonaten geleisteten Maßnahmen. Das Sammlungsergebnis stellt sich auf 4338,64 Mark, worin Sachleistungen im Werte von 483 Mark enthalten sind. Neben der Lieferung von Schuhen, Bekleidungsstücken und Lebensmitteln hat die Haupttätigkeit in der Belieferung der Bedürftigen mit Kohlen und Kartoffeln bestanden, wofür bisher insgesamt ein Betrag von rund 2600 Mark verausgabt worden ist.

Leichlingen wirbt

Leichlingen, 18. Febr. Der Verschönerungs- und Verkehrsverein e. V. Leichlingen beabsichtigt, im kommenden Frühjahr eine Ausstellung zu veranstalten von guten Werbeplakaten und Werbeschriften von Städten, Verkehrsämtern und -Vereinen. Leichlingen ist infolge seiner landschaftlichen Reize, insonderheit wegen der herrlichen Blüte von hunderttausenden von Obstbäumen im Frühjahr, das Ziel ungezählter Ausflügler und Dauerbesucher. An einem Tage allein stellte sich die Zahl derer, die unser Städtchen besuchten, auf rund 30 000. Diesen Frühjahrsgästen soll die Ausstellung gezeigt werden. Da Städte, Verkehrsämter und -Vereine ein Interesse daran haben, mit den ihrerseits herausgebrachten Werbeplakaten und Werbeschriften vertreten zu sein, werden sie gebeten, jetzt schon geeignetes Material zur Verfügung zu stellen.

Verwegener Einbruch

Wermelskirchen, 18. Febr. Ein verwegener Einbruch wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der Berliner Straße ausgeführt. In das Schlachthaus der Metzgerei Peters drangen die Diebe unter mancherlei Schwierigkeiten ein, und teilten eine geschlachtete Kuh derart geschickt auf, daß sie die besten Stücke entwenden konnten. Nicht unerheblich wurde der Eigentümer geschädigt, denn 2 Zentner Fleisch ließen die lichtscheuen Gesellen mitgehen. Aus der Menge des gestohlenen Fleisches ist anzunehmen, daß mehrere Einbrecher gemeinsam am Werk gewesen sind. Wie das Diebesgut fortgeschafft wurde, und wer die Täter sind, darüber fehlt vorläufig noch jede Spur.

Das Neueste

Für die schon bestehenden und noch in Bildung befindlichen Hindenburgwahlausschüsse ist eine zentrale Geschäftsstelle unter dem Namen „Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgausschüsse" eingerichtet worden, deren Büro sich in Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9, befindet.

Der Königsberger Hindenburgausschuß erläßt eine Kundgebung, in der die Bevölkerung Ostpreußens aufgefordert wird, den Befreier ihrer Heimatprovinz zu wählen.

Der gestrigen Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin wohnte erstmalig der in den Parteivorstand gewählte Prinz Oskar von Preußen bei. Der Parteivorstand legte alle Entscheidungen in der Frage der Reichspräsidentenwahl in die Hand Hugenbergs.

Der „Graf Zeppelin" wird in diesem Jahre voraussichtlich am 20. März zu seiner ersten Südamerikafahrt starten.

Die für heute angesetzte öffentliche Ratssitzung in Genf findet nicht statt.

Die Formel einer „Regierung der inneren Verständigung" nimmt in Paris immer festere Formen an. Ein solches Kabinett würde sich nach rechts bis ausschließlich zur Gruppe Marin ausdehnen, während die Radikalsozialisten auf der Linken die Grenze bilden würden. Der Name Paul Boncour tritt mehr und mehr hervor.

Der von der oppositionellen Arbeiterpartei im englischen Unterhaus eingebrachte Tadelsantrag wurde mit 415 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Infolge Kurzschlusses brach im Place-Theater in Newyork während der gestrigen Abendvorstellung ein Feuer aus, das die Bühne zerstörte. Die 1800 Zuschauer wurden von einer Panik ergriffen und flüchtete ins Freie, wobei eine Anzahl von ihnen schwer verletzt wurde. Todesopfer sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Heute findet in Schanghai eine Zusammenkunft zwischen den chinesischen und japanischen Oberkommandierenden statt. Weiter wird die Ankunft Tschiangkaischeks aus Nanking heute in Schanghai erwartet. Den Verhandlungen wird mit großer Spannung entgegengesehen.

Heute früh erfolgte im Zentralbezirk der internationalen Niederlassung in Schanghai eine furchtbare Explosion. Die Büros einer japanischen Firma wurden schwer beschädigt. 1 Chinese wurde getötet, 4 andere verletzt.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, General Uyeda, hat heute früh 9 Uhr örtlicher Zeit die ultimative Forderung gestellt, daß die chinesischen Truppen aus dem Gebiet von Schanghai zurückgezogen werden.

Die bekannte Anhängerin Gandhis, die Tochter des englischen Admirals Slade, ist heute früh in Bombay verhaftet worden. Miß Slade wird sich wegen Nichtbefolgung des polizeilichen Ausweisungsbefehls vor Gericht zu verantworten haben.

In Costarica finden zurzeit schwere Kämpfe mit den Aufständischen statt. In der Hauptstadt wurden hierbei 10 Personen getötet.

Ehepaar gasvergiftet aufgefunden

Wuppertal, 18. Febr. Die Eheleute Sieper aus dem Stadtteil Ronsdorf wurden gestern morgen in ihren Betten bewußtlos aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt stellte Gasvergiftung fest und ordnete die Ueberführung des Ehepaares ins Krankenhaus an. Wenn auch die Vergiftungen namentlich bei der Frau sehr schwerer Natur sind, so hofft der Arzt doch, die Verunglückten am Leben erhalten zu können. Soweit bis jetzt feststeht, ist das Unglück auf eine schadhafte Stelle an der Gasleitung zurückzuführen. Schon seit mehreren Tagen hatte man in der Nähe der Wohnung Gasgeruch wahrgenommen.

Harter Schicksalsschlag

Eitorf (Sieg), 18. Febr. Dienstag nachmittag herrschte in der Familie des Arbeiters Walgenbach in der Hardtstraße eitel Freude, da die Frau einem zweiten Stammhalter das Leben geschenkt hatte. Während man noch die Glückwünsche der Verwandten und Bekannten entgegennahm, stürzte ein Junge in das Haus mit der Kunde, daß der 4½jährige Peter Walgenbach beim Zurückholen eines Spielzeugs auf der Eisdecke der Sieg eingebrochen sei. Die Rettungsversuche kamen zu spät; das Kind war schon unter der Eisdecke verschwunden.

Deutsche Abrüstungsvorschläge

In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz in Genf legte der deutsche Botschafter Nadolny die deutschen Abrüstungsvorschläge vor und begründete dieselben in eingehenden Ausführungen.

Die deutsche Regierung hat nach Abschluß der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission, den von dieser ausgearbeiteten Konventionsentwurf abgelehnt, aber in Aussicht gestellt, im Verein mit anderen Staaten für Erreichung des Abrüstungszieles den richtigen Weg zu finden.

Bei der Ausarbeitung der Vorschläge ist die deutsche Regierung von der Erkenntnis ausgegangen, daß die Abrüstung in Deutschland und in einigen kleineren Ländern seit einer Reihe von Jahren durchgeführt worden ist. Die Mängel und Lücken des Entwurfs der vorbereitenden Abrüstungskommission, den die deutsche Regierung abgelehnt hat, sind aus Vorbehalten ersichtlich, die im Bericht der Kommission Aufnahme gefunden haben. Unzureichend ist vor allem die Beschränkung des Landkriegsmaterial und der Luftwaffe, die der Entwurf einfach bestehen läßt. Auf dem Gebiet des Personals läßt der Entwurf auch noch viele Wünsche auf Abrüstung offen. Die ausgebildeten Reserven werden überhaupt nicht im Entwurf erwähnt.

Indem die deutsche Delegation die Vorschläge der Konferenz unterbreitet, legt sie Wert darauf, ihren Standpunkt dahingehend zusammenzufassen, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag für annehmbar hält, indem diese Bestimmungen für Deutschland gerade so zu halten sind wie für die anderen Staaten.

Deutschland fordert die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung von Milizheeren, die Begrenzung der Polizei, die Abschaffung der schweren Artillerie, ferner die Abschaffung der Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen sowie aller Luftstreitkräfte. Weiter soll der chemische Krieg verboten werden und eine Offenlegung aller Rüstungen erfolgen. Die Durchführung und Erhaltung dieser Bestimmungen soll durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren gewährleistet werden.

Er führte dabei u. a. aus: Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten Versailler Bestimmungen über die Entwaffung Deutschlands in einem entsprechenden Konventionsentwurf zusammenzustellen und als deutschen Gegenentwurf vorzulegen. Denn diese Art der Entwaffnung ist in mehreren Staaten seit einer Reihe von Jahren praktisch zur Anwendung gelangt und nach dem Willen derer, die sowohl diese Entwaffnung als auch den Artikel 8 des Völkerbundsstatuts festgesetzt haben, soll sie die allgemeine Abrüstung einleiten. Wir haben es vorgezogen, einen anderen Weg zu wählen, denn wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt. So haben wir, ohne die Grundlage der Versailler Bestimmungen zu verlassen, nur die Hauptgrundsätze dieser Bestimmungen vorgelegt, deren Anwendung für alle Staaten wir als möglich erachten. Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine Abrüstung wirksam und nachhaltig machen können. Unsere derartig zustandegekommenen Vorschläge umfassen das ganze Gebiet der Abrüstung.

Botschafter Nadolny legte darauf die deutschen Abrüstungsvorschläge zu Lande, zur See und in der Luft eingehend dar, die wir ausführlich in unserer morgigen Ausgabe zum Abdruck bringen.

Der Botschafter betonte: die Konferenz muß sowohl die qualitative wie die quantitative Abrüstung mit aller Energie in Angriff nehmen. Er ging dann in kurzen Bemerkungen auf Sinn und Bedeutung der Vorschläge ein.

Deutschland, so führte Botschafter Nadolny weiter aus, ist bereit unter der Voraussetzung, daß die abzuschließende Konvention für uns die gleiche Bedeutung hat wie für alle anderen Staaten, alles daran zu setzen, um die Aufgabe der Konferenz zu lösen.

Wir hoffen und sind sogar überzeugt, daß es dem festen Willen aller hier versammelten Staatsmänner gelingen wird, auch in der vorliegenden Frage der Abrüstung die zweifellos noch vorhandenen großen Gegensätze zu überbrücken, und auf diese Weise dem Friedensvertrag einen weiteren, die Schaffung einer friedlichen Atmosphäre störenden Stachel zu nehmen, nämlich den Stachel der Deklassierung hinsichtlich der Abrüstung. Wir müssen eine Vereinbarung finden, die für die besonderen Verhältnisse eines jeden unter uns Raum läßt, aber die grundsätzlich so beschaffen ist, daß wir alle sie unterzeichnen können, und die allein die „Magna Charta" für den Stand unserer Rüstungen und damit für den Stand unserer Sicherheit ist. Der gute Wille Deutschlands wird dabei nicht fehlen.

Aus Westdeutschland

Meister Petz macht sich selbständig

Bergheim, 18. Febr. Gestern morgen wurde an der Bahnstrecke zwischen Bergheim und Quadrath an dem schrankenlosen Ueberweg bei Kenten ein mit zwei Pferden bespannter Wohnwagen einer Bärenführertruppe von der Lokomotive eines Zuges erfaßt und in den Graben geworfen. An den Wagen waren vier Bären angebunden. Personen kamen nicht zu Schaden, jedoch wurde ein Bär getötet. Zwei weitere Bären rissen sich los und machten einen Abstecher in die Gegend. Die Tiere konnten sich aber nicht lange der goldenen Freiheit freuen, denn die Pußtasöhne hatten sie rasch wieder eingefangen. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Auto rast in voller Fahrt gegen einen Baum

Büderich, 18. Febr. Auf der Krefelder Straße fuhr ein Kraftwagen in voller Fahrt gegen einen Baum. Von den vier Insassen wurden ein Herr und eine Dame mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Gegen 10 Uhr erlag der Herr im Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Führer des Wagens und sein Nebenmann kamen ohne Schaden davon. Die Ermittlungen ergaben, daß der Führer nicht im Besitze eines Führerscheins war und den Wagen auf Veranlassung des tödlich verunglückten Besitzers gesteuert hat.

Todessturz auf der Eisbahn

Betzdorf, 18. Febr. Im benachbarten Oberkron vergnügten sich mehrere Kinder mit Schlittschuhlaufen auf dem zugefrorenen Dorfteich. Dabei stürzte ein 11jähriger Junge so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er einen Schädelbruch und Verletzungen am Halswirbel erlitt. Der Junge starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Den Vater mit fünf Schüssen verletzt

Herne, 18. Febr. Zwischen einem Garagenbesitzer und seinem Sohn, der die Anlagen des Vaters verwaltete, kam es, als der Vater seinem Sohn mitteilte, er habe die Anlagen vermietet, zu einem heftigen Wortwechsel. Plötzlich zog der Sohn eine Selbstladepistole und gab auf seinen Vater fünf Schüsse, die sämtlich trafen, ab. Der Vater wurde in lebensgefährlich verletztem Zustand dem Krankenhaus zugeführt. Bei dem Verhör des Sohnes, der sofort festgenommen wurde, erklärte dieser, daß er in Notwehr gehandelt habe.

Ein Streckenwärter überfahren und getötet

Dortmund, 18. Febr. Am Mittwoch nachmittag wurde der 45 Jahre alte Arbeiter Robert Komberg aus Dortmund auf seinem Streckengang zwischen Mengede und Dortmund von einem Arbeitszug, der auf einem falschen Gleis die Strecke passierte, überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

50 000 Mark von früherem Regierungsrat unterschlagen.

Düsseldorf, 17. Februar. Wie bekannt wird, ist gegen den aus dem „Kinderheim-Prozeß" des Schriftstellers Pieper bekannten Regierungsrat a. D. Graef, der im Pieper-Prozeß als Zeuge auftrat, Haftbefehl wegen Unterschlagung erlassen worden. Die Höhe der Unterschlagungen soll sich nach einem Geständnis des früheren Regierungsrats auf etwa 50 000 Mark belaufen.

10 000 Mark Regierungszuschuß zur Ahrregulierung.

Remagen, 17. Februar. Zur Ausführung der immer notwendiger werdenden Ahrregulierung zwischen Sinzig und der Mündung ist von der Regierung ein Zuschuß von 10 000 Mark zur Verfügung gestellt worden unter der Bedingung, daß die Stadt Sinzig die Regulierungsarbeiten in eigene Regie übernimmt und später auch für die Unterhaltung der Anlage eintritt.

Mysteriöser Fund.

Münster, 17. Februar. In Horst (Amt Herborn) fand ein Kötter hinter einer Hecke einen menschlichen Unterkiefer. Wahrscheinlich ist der in Frage kommende menschliche Körper an einer anderen Stelle vergraben worden. Seit 1920 wird in Horst ein Mann vermißt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser einem Mord zum Opfer gefallen ist.

Unterschlagungen bei der Dürener Glashütte.

Düren, 17. Februar. Ein in der Glashütte Peill u. Sohn beschäftigter Ofenleiter hat seit Jahren Betrügereien verübt, denen man jetzt auf die Spur kam. Er hat in den Lohnlisten Arbeiter weitergeführt, die schon ausgeschieden waren. Es handelt sich um 4500 Mark.

Bonn übernimmt die Bonner Verkehrsgesellschaft.

Bonn, 17. Februar. Der Finanzausschuß der Stadt Bonn hat die Uebernahme der Bonner Verkehrsgesellschaft durch die Stadt Bonn beschlossen. Bekanntlich war das Unternehmen der Bonner Verkehrsgesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

75jähriges Bestehen der Kreissparkasse Altenkirchen.

Altenkirchen, 17. Februar. Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Kreissparkasse Altenkirchen wurde ein schlichter Festakt im Kreisständehaus veranstaltet. Dabei wurde die Bedeutung der Sparkasse als ein Geldinstitut mit Monopolstellung und das Vertrauen der Sparer hervorgehoben, das es ermöglichte, daß heute Spareinlagen in Höhe von 15 Millionen Mark zu verzeichnen sind.

Kommunistischer Messerstecher verhaftet.

Münster, 17. Februar. Es gelang der Polizei, den kommunistischen Messerstecher, der den Studenten Graf von Westphalen durch Messerstiche erheblich verletzte, zu ermitteln und zu verhaften. Es handelt sich um den Buchhalter Sundermann aus Münster.

Verhaftung eines Obergerichtsvollziehers.

Soest, 17. Februar. Der Obergerichtsvollzieher Br. wurde unter dem Verdacht schwerer Urkundenfälschung verhaftet und dem Dortmunder Gerichtsgefängnis zugeführt.

Gutshof niedergebrannt.

Lingen, 17. Februar. Das Anwesen des Gutsbesitzers Togeder in Rottum, ein Wohnhaus mit Stallungen, brannte nieder. Die Ernte wurde vernichtet und mehrere Schweine verbrannten.

27. Berliner Sechstagerennen

Rausch-Hürtgen führen

Eine Spitzengruppe von fünf Mannschaften.

Das große Rätselraten um den Sieger des 27. Berliner Sechstagerennens hat eingesetzt. Am Mittwochnachmittag lagen nicht weniger als fünf Mannschaften um 17 Uhr in der Spitzengruppe, an erster Stelle die Kölner Rausch-Hürtgen, die anscheinend dem „Wunsch" vieler Vorschauer nachkommen und den Sieg diesmal an sich bringen wollen.

Spitze: 1. Rausch-Hürtgen 205 Punkte, 2. Schön-Goebel 194 Punkte, 3. Broccardo-Tietz 173 Punkte, 4. Charlier-Deneef 162 Punkte, 5. Kroll-Funda 142 Punkte, eine Runde zurück: 6. Piet und Jan van Kempen 326 Punkte, 7. Rieger-Preuß 145 Punkte, drei Runden zurück: 8. Thierbach-Siegel 199 Punkte, fünf Runden zurück: 9. Braspenning-Dülberg 92 Punkte, sieben Runden zurück: 10. Miethe-Dinale 159 Punkte.

Die Entscheidung gefallen

Vor wieder gut besuchtem Hause fiel in der letzten Nacht des 27. Berliner Sechstagerennens die Entscheidung. Nachdem anfangs Schön-Goebel die erste Geige gespielt hatten, holten Broccardo-Tietz nach der Nachtwertung zum großen Schlage aus und setzten sich mit Rundenvorsprung allein an die Spitze. Schön-Goebel verloren allein vier Runden.

Der Stand des Rennens nach Eintritt der Neutralisation um 6 Uhr heute früh ist nach 128 Stunden und 2763,500 zurückgelegten Kilometern folgender:

1. Broccardo-Tietz 213 Punkte
1 Runde zurück:
2. Rieger-Preuß 181
3. Kroll-Funda 163
2 Runden zurück:
4. Rausch-Hürtgen 239
5. Charlier-Deneef 178
4 Runden zurück:
6. Schön-Goebel 222
6 Runden zurück:
7. Gebr. van Kempen 355
7 Runden zurück:
8. Siegel-Thierbach 235
9 Runden zurück:
9. Dülberg-Braspenning 89
10 Runden zurück:
10. Dinale-Miethe 196

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 19. Februar 1932,** nachmittags 3 Uhr, sollen zu **Sträßchen** im Versteigerungslokale Gasthaus Lennartz

1 Klavier, 1 Radioschrank mit Grammophon sodann um 4 Uhr in **Burscheid** (Käufer Gasthaus Ohmann)

2 Oefen, 2 Waschmaschinen, 1 Bett, 1 Waschkommode, 1 Kleiderschrank, 1 Nachtkonsole, 1 Vertiko, 1 alte Standuhr, 1 Schreibtisch, 1 Schreibmaschine usw.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Stürmer,
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Börsen Märkte Handel

Kölner Ledermarkt
vom 17. Februar.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,85 bis 4,35, do. in Kernstücken 5,70—6,20, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,45—2,90, do. in Kernstücken 4,25—5,20, Wild-Vacheleder in Hälften 2,15—2,80, do. in Kernstücken 3,60—4,90, Wild-Vachehälse 2—2,40, Wild-Vacheseiten 1,20—1,60, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,20—2, Blankleder in Hälften, braun 3—4,55, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,75—6,10 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten, gewöhnliche Sorten 5,80—11 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wild-Vacheleder brachten bis 10 Prozent mehr.

Stimmungsbericht: Auch mittlere und bessere Sortimente werden wieder etwas gefragt.

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 17. Februar.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute: Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —. Klasse II 0,23—0,29, do. von 30 bis 49 Pfund 0,25—0,39, 0,21—0,31, Ochsen, Kühe, Rinder von 50 bis 69 Pfund 0,28 bis 0,43, 0,21—0,30, do. von 70 Pfund und mehr 0,30—0,43, 0,21—0,31, Bullen von 50 bis 79 Pfund 0,20—0,26, 0,18—0,24, do. von 80 Pfund und mehr 0,20—0,25, 0,15—0,20 Reichsmark. Fresserfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,22—0,28, Kalbfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,29—0,39 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3 bis 5, Roßhäute, gesalzen, lang aufwärts 220 Zentimeter 8,50—10 Reichsmark für 1 Stück.

Stimmungsbericht: Die unklare wirtschaftliche Lage hat eine gewisse Zurückhaltung hervorgerufen.

Vertrauen zur Währung

Die Reichskreditgesellschaft führt in ihrem Vorstandsbericht aus: Im Geschäftsjahr 1931 ist eine Krise ungewöhnlicher Art und ungewöhnlichen Ausmaßes über das deutsche Bankwesen hereingebrochen. Die Abzüge von Auslandsgeldern führten zu überstürzten Abrufen, die durch bereitwillige Auszahlung nicht zum Stillstand gebracht werden konnten. Die anhaltenden Kreditkündigungen des Auslandes riefen eine zunehmende Beunruhigung hervor, die um so schwerer zu beseitigen war, als sie durch eine zwar unbegründete, aber gerade durch das Verhalten des Auslandes genährte

Angst um die Währung

verstärkt wurde. Die Abziehungen führten zu den bekannten Ereignissen vom Juli. Die Reichsregierung sah sich deshalb gezwungen, durch Notverordnungen sowohl die Barauszahlungen als auch den bargeldlosen Verkehr der Banken untereinander einstellen zu lassen. Nach allmählicher Lockerung der Vorschriften wurde am 4. August die Wiederaufnahme der freien Auszahlungen gestattet. Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung mit den Auslandsgläubigern über die Verlängerung ihrer Kredite getroffen.

Die Abhebungen bei den Banken

haben in Deutschland ein Ausmaß erreicht wie in keinem anderen Lande vergleichbarer Größe und Wirtschaftsstruktur. Die Erfahrungen des abgelaufenen Geschäftsjahres lehren, daß mit einer Zusammenarbeit der verschiedenen Länder auf dem Geld- und Kapitalmarkt nicht zu allen Zeiten gerechnet werden kann. Die

Unberechenbarkeit der außerwirtschaftlichen Einflüsse

auf den internationalen Geldverkehr zwingen zum Schutze der Liquidität des Kreditsystems dazu, von der Aufnahme kurzfristiger ausländischer Kredite fürs erste abzusehen, die gegenwärtig vorhandenen Kredite allmählich abzuwickeln oder zu konsolidieren und künftig in ausländische Kredite nur für die Ueberbrückungen nahe beieinander liegender Fristen für Zahlungen an das Ausland und von dem Auslande aufzunehmen. Die Erfahrungen haben ferner gezeigt, daß in politisch gespannten Zeiten auch die Einlagen aus dem Inlande Schwankungen von einer Größe unterliegen, die über die Erfahrungen ruhiger Zeiten weit hinausgehen. Zur Aufrechterhaltung des Kreditsystems ist Vertrauen erforderlich, in erster Linie Vertrauen zur Sicherheit der Währung.

Entlastung der Reichsbank

Verringerter Devisenrückgang.

Berlin, 17. Februar.

Die gesamte Kapitalanlage hat sich in der zweiten Februarwoche weiter auf nunmehr 3,6 Milliarden entlastet. Die Bestände an Gold und Devisen zeigen diesmal nur einen Rückgang um 2,2 Millionen. Allerdings ist die am 15. Februar fällige Freigaberate in diesem Posten noch nicht enthalten. Die Deckung hat sich von 25,1 auf 25,8 Prozent erhöht.

Karussell um Gisela

Roman von Bodo M. Vogel — **Copyright by M. Feuchtwanger, Halle (Saale)**

4

Nach dem Abendessen rief Sonja ihre junge Freundin an den Toilettentisch und zeigte ihr, wie man das verführerische Rot auf die Lippen legt und all die anderen Künste, um die natürliche Anmut zu erhöhen.

„Nur nicht soviel Rot!“ mahnte Sonja. „Wenn du älter wirst, ist immer noch Zeit genug.“ Und sie praktizierte ihr geschickt den obligaten kleinen Schönheitsfleck auf die Wange, daß Gisela vor dem Spiegel fast erschrak, so mondän sah sie aus.

Die jungen Herren auf der Straße sahen sich um, als die beiden Freundinnen am Alexanderplatz aus einer Autotaxe stiegen und die Alexanderstraße hinuntergingen. Ein Portokassenjüngling näherte sich verdächtig, aber Sonja, die einen herrlichen Polarfuchspelz trug, sah den jungen Mann mit einem solchen Blick an, daß er errötend das Weite suchte.

„So, da sind wir ja schon.“

Gisela stand vor einem hellerleuchteten Lokal, vor dem ein imposanter Portier Wache hielt. Er begrüßte Sonja wie eine alte Bekannte, mit einem Augenzwinkern, und geruhte, vor Gisela zwei Finger an die Mütze zu legen. Es war das erste Mal, daß sie ein Tanzlokal besuchte. War das nicht ulkig?

In einer Ecke des Saales klebte an der Decke wie ein Schwalbennest das Orchester, sechs forsche Herren in weißen Blusen, und machte einen höllischen Lärm. Sobald die Musik verstummte, begann die zweite Kapelle in der gegenüberliegenden Ecke. Von acht Uhr abends bis drei Uhr nachts war ununterbrochen „Betrieb“. Ein romantischer Springbrunnen, dessen Notwendigkeit nicht ersichtlich war, stand inmitten der Tanzfläche und sandte ein mageres Strählchen durch den grünlichen Verwesungsschimmer eines Scheinwerfers. Und dann, das Allerkomischste, das Gisela auffiel: hier forderten nicht die Herren zum Tanze auf, sondern die Damen. Sie traten vor den Erwählten hin, schwenkten den Kopf, lächelten lieblich, worauf der Herr sich zum Tanz bereit erklärte. Mit ein paar Worten klärte Sonja die Freundin über die sonderbaren Sitten des Hauses auf, die sie als den „Dernier cri“ von Berlin zu preisen wußte.

An einem Tischchen an einer Estrade nahmen die beiden Platz. Der Kellner servierte, ohne zu fragen, einen Mokka; kostete drei Mark fünfzig Pfennig. Gisela und Sonja blieben nicht lange allein. Ein junger Herr von untadelhafter Eleganz und mit einem kleinen dunklen Bärtchen nahm wie selbstverständlich neben Sonja Platz und bot ihr eine Zigarette an.

Sonja stellte vor:

„Herr Roland, ein Bekannter von mir — Fräulein Gisela Norden!“

Herr Roland ließ seine Blicke wohlwollend über sie schweifen; seine, wie es Gisela schien, etwas brutalen finsteren Gesichtszüge nahmen ein lächelndes Aussehen an, und er wechselte ein paar höfliche Worte mit ihr.

Die Musik stimmte einen Walzer — hier waren nur Rundtänze erlaubt — mit ziemlichem Kraftaufwand an.

„Nun?“ fragte Herr Roland, und stieß Sonja sanft in die Seite. Sie stand auf, sagte: „Bitte!“, und die beiden verschwanden in Richtung des Springbrunnens.

Gisela blieb in bedrückter Stimmung zurück. Es fiel ihr schwer, sich in das neue Milieu einzupassen. Was war das für eine sonderbare Welt, in die sie hier geraten war! Die Mädchen, alle noch jung, tanzten in der Hauptsache mit älteren, würdigen Herren, die sie zärtlich umfaßt hielten. Bisweilen verdunkelte sich das Licht, und die bunten Strahlen eines Scheinwerfers fielen auf das Parkett.

Sonja und ihr Bekannter kamen zurück. Sie hatten sich offenbar während des Tanzes ausgiebig über Gisela unterhalten.

„Nun, Fräulein Norden“, sagte Herr Roland, „hoffentlich haben Sie sich währenddessen nicht gelangweilt?!“

Gisela lächelte, zurückhaltend und müde.

„Gehen Sie nur etwas aus sich heraus! Seien Sie lustig und fidel wie wir!“ ermunterte Herr Roland. „Gestatten Sie, daß ich eine Flasche Wein bestelle?“

Er wartete ihre Antwort nicht ab und rief dem Kellner etwas zu. Zwei Minuten später schenkte der Ober die Gläser ein.

Sonja trank Gisela zu.

„Auf gute Freundschaft!“

„Auf Ihre Zukunft, Fräulein Norden!“

„Danke!“ sagte Gisela und stieß ungeschickt an.

Sie verhielt sich noch immer reserviert. Bald aber übte der ungewohnte Wein seine Wirkung. Herr Roland tanzte mit ihr das erste Mal. Dann sagte ihr Sonja, „wie man es machen müßte“, um einen Tänzer zu bekommen. Sie bat Gisela, zuzusehen, und forderte dann in der hier üblichen Weise einen dicken, älteren Herrn zum Tanz auf. Der nächste Tanz verging noch, ohne daß Gisela den nötigen Mut fand. Der dicke, ältere Herr saß bei einer Flasche Sekt am Nebentisch und lächelte einladend. Gerade brachte der Kellner die zweite Flasche.

„Nur nicht so schüchtern, Fräulein“, sagte er.

Und als die Musik dann einsetzte, stand Gisela, etwas taumelnd, auf, ging hinüber, lachte nervös — dann hing sie am Arm des älteren Herrn vom Nachbartisch.

Das Eis war gebrochen. Die Stimmung stieg auf den Höhepunkt. Von jetzt an ließ Gisela keinen Tanz mehr aus. Eine prickelnde Leidenschaft war über sie gekommen. Sonjas Augen glänzten, Herr Roland schmunzelte heimtückisch in sich hinein.

„Seid lustig, Kinder!“ schrie Gisela, ihres Verstandes kaum mehr mächtig, hob das Glas und trank keck ihrem Nachbar zu. „Kommen Sie doch an unseren Tisch!“ rief sie hinüber. „Bei uns ist es viel gemütlicher. Prosit, Sonja! Prost, Dickerchen!“

Der ältere Herr ließ sich nicht lange bitten. Viele leere Flaschen stapelten sich neben dem Tische auf. Gisela vergaß alles, ihre Vergangenheit, ihre Mutter, ihren Kummer, ihre Zukunft.

7. Kapitel.

Der Weg nach Buenos Aires.

Als Gisela am anderen Morgen nach der durchtollten Nacht erwachte, war es schon gegen Mittag. Frau Ringellach, ein bekümmertes Lächeln um den Mund, stand vor dem Bett und stellte eine duftende Tasse Schokolade auf den Tisch.

Gisela hatte Durst, ihr Kopf war schwer von dem ungewohnten Alkoholgenuß, ihre Kehle trocken, die Gedanken noch nicht klar. Die Schokolade mundete köstlich. Gisela sah sich um, begriff erst jetzt, wo sie eigentlich war. Das Gesicht der gütigen Frau Ringellach wurde plötzlich ernst.

„Ich habe Sie heute mit Absicht nicht früher geweckt“, sagte sie, und man merkte es ihr an, daß sie irgend etwas Unangenehmes auf dem Herzen hatte. „Erschrecken Sie nicht, liebes Kind! Ich habe eine Ueberraschung für Sie. Es tut mir leid, aber — aber... Sie können nicht mehr bei mir bleiben...“ Und sie reichte Gisela die „Telegramm-Zeitung“ vom Tage vorher, auf deren erster Seite Will Lambert im Sensationsstil über das Doppelleben des Bankbeamten Bialowitz berichtete.

Schon als sie die Ueberschrift des Artikels las, wurde Gisela kreidebleich. Ein bitterer Geschmack lag ihr auf der Zunge. Sie mußte sich zwingen, alle Energie zusammennehmen; das Blatt drohte ihren Händen zu entgleiten. Gewiß, Gisela hegte für ihren Stiefvater, der sie so oft mißhandelt und schließlich im Stich gelassen hatte, keine übergroße Zuneigung Aber sie ahnte schon dunkel die schweren Konflikte und Prüfungen, die ihr nun beschieden sein würden. Auch schämte sie sich, daß Bialowitz durch seine gewissenlose Handlungsweise das Andenken ihrer Mutter in den Staub gezogen hatte. Alle diese schlimmen Gedanken zogen an jenem tragischen Morgen blitzschnell durch das Hirn des jungen Mädchens.

„Im Grunde genommen war er kein schlechter Mensch, Frau Ringellach“, meinte Gisela nach einer Weile. „Ihn hat eine Frau ins Verderben gebracht!“ Eine namenlose Wut gegenüber dieser Frau, deren Namen sie kannte, stieg in Gisela auf, und sie schwor sich in dieser Minute zu, nicht zu ruhen, bis sie der Schuldigen die Wahrheit gesagt und die Schande wieder gutgemacht hätte. Frau Ringellach beobachtete das Mädchen von der Seite und meinte dann schließlich:

„Nach alledem werden Sie ja selbst einsehen, daß Sie nicht bei mir bleiben können. Erst einmal wegen der Leute, dann aber auch wegen der Polizei. Sie haben doch gelesen, was am Schluß von dem Artikel steht — nicht wahr? — Nein? — Nun, sehen Sie doch: Die siebzehnjährige Gisela Norden, die Stieftochter des Hochstaplers, ist im Zusammenhang mit der Unterschlagungsaffäre gleichfalls verschwunden und wird von der Polizei fieberhaft gesucht. — Das soll heißen“, fuhr Frau Ringellach fort, „daß man Sie auch im Verdacht hat, in die Affäre verwickelt zu sein. Man wird Sie der Beihilfe beschuldigen. Sie verhaften...“

„Mich verhaften?“ schrie Gisela auf.

„Warum nicht?! Es steht doch in der Zeitung.“

„Aber das geht doch gar nicht! Ich bin ganz unbeteiligt — ich wußte nichts von der Sache!“

„Kein Staatsanwalt wird das glauben, nachdem Sie geflüchtet sind. Das beste wäre, Sie gingen fort von Berlin — für immer...“

Gisela überlegte. Fort von Berlin? Das war ja nicht einmal das Schlimmste. Ja, fort — nichts mehr sehen und hören — nur schnell.

„Meinen Sie, Frau Ringellach? Aber wohin soll ich gehen?“

Die alte Dame schwieg und schien nachzudenken. Auf einmal erhellte sich ihr Gesicht, als ob ihr plötzlich eine rettende Idee gekommen wäre, und sie rief:

„Wissen Sie was, Fräulein Gisela? Daß mir das nicht gleich eingefallen ist! Sonja fährt doch nach Paris zu Verwandten! Da kann sie Sie mitnehmen! Im Ausland kann die Polizei Ihnen nichts mehr anhaben, und Sie können ein neues Leben beginnen.“

Man muß es gestehen, Gisela war ein bißchen abenteuerlustig. Zuerst war sie so verblüfft von dem Vorschlag, daß ihr die Sprache versagte. Sie brachte kein Wort hervor; dann aber fand sie den Plan ganz annehmbar. Nach Paris! Welches junge Mädchen kann da widerstehen?

„Aber“, meinte sie, „ich habe ja gar keinen Paß, Frau Ringellach! Man muß doch einen Paß haben, wenn man ins Ausland fährt!“

„Das ist das Allerwenigste, Kind. Sonja hat eine jüngere Schwester, die Ihnen bis aufs Haar ähnlich sieht: dieselbe Figur, dieselben brünetten Haare und dieselben braunen Augen — wie zum Verwechseln ähnlich.“

„Geht denn das, Frau Ringellach?“

„Aber natürlich! Wer wird denn so ängstlich sein?! Uebrigens braucht man den Paß nur noch im Notfalle. Vorgezeigt wird er gar nicht mehr.“

Gisela kam nicht darauf, zu fragen, weshalb Frau Ringellach über diese Paßverhältnisse so gut orientiert war. Das junge Mädchen hatte andere Sorgen. Gisela war auch noch zu lebensunerfahren; sie traute der alten Dame nichts Schlimmes zu.

„Und wer bezahlt die Reise?“

„Wie kann man nur so fragen, liebes Kind. Die Reise bezahle ich; das lassen Sie nur meine Sorge sein. Ich werde Ihnen sogar noch in Paris eine Anstellung beschaffen. Vertrauen Sie nur in allem auf Sonja. Ich werde mit ihr reden.“

Zwei Möglichkeiten bestanden für Gisela in ihrer jetzigen Lage. Entweder das Anerbieten der Frau Ringellach anzunehmen — das bedeutete, wie sie glaubte: Freiheit — oder sich von der Polizei festnehmen zu lassen, und das kam, wie sie vermutete, dem Selbstmord gleich. Gisela wählte das kleinere Uebel — und ging in ihr Verderben.

Fräulein Sonja kam zum Essen, tat erst sehr erstaunt, willigte aber schließlich ein, Gisela mitzunehmen, und war dann überraschend schnell mit dem Paß ihrer Schwester zur Stelle. Wer es nicht gewußt hätte, würde das junge Mädchen, das auf dem Paßbild dargestellt war, für Gisela Norden gehalten haben. Es war nicht mehr schwer, sie endgültig zur Abfahrt zu bestimmen. Frau Ringellach und Sonja malten in den schlimmsten Farben die Folgen der drohenden Verhaftung aus, priesen hingegen Paris als das reine Paradies für junge Mädchen, in dem man es überraschend zu Wohlstand und Glück bringen könnte.



Venedigs Gondeln im Schnee

Ein seltener Anblick aus dem schönen Venedig, das jetzt von einer starken Kältewelle heimgesucht worden ist: die weltberühmten Gondeln liegen unter einer tiefen Schneedecke in den vereisten Lagunen